

# SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 104

JUNI 1993

50 Pfennig

## CDU/SPD killt Asylrecht, danach folgt Solingen Arbeiter/Immigranten: Zerschlagt Nazi- Mörderbanden des Vierten Reichs!



**Wutentbrannte Immigranten und Jugendliche gegen Nazi-Terror und Bonner Rassisten. Die Wut kann machtvoller Anstoß für die Mobilisierung der Macht der Arbeiter/Immigranten sein, um die Nazi-Mörder zu zerschlagen**

Hacky Hagemeyer

BERLIN — Am 26. Mai vernichteten die Bonner Parteien CDU, FDP und SPD das Asylrecht, um damit de facto alle Flüchtlinge aus Deutschland zu vertreiben. Drei Nächte darauf brannten die Faschisten in Solingen das Haus türkischer Familien nieder. Zwei junge Frauen und drei Mäd-

### Arbeiterbewegung: Verteidigt Immigranten, Flüchtlinge, Frauen!

chen starben einen grausamen Tod in dem Inferno, drei weitere türkische Kinder wurden mit Brandwunden übersät und lebensgefährlich verletzt, als sie verzweifelt versuchten, den Flammen zu entkommen. Mittlerweile hat die staatliche Hetzjagd auf Jugendliche türkischer und kurdischer Herkunft begonnen, die in den Tagen und Nächten seit Solingen ihre Erbitterung und Wut auf den Straßen demonstrieren.

In Solingen empfangen am Tag nach dem Brandmord Tausende Demonstranten den Innenminister Seiters vor dem abgebrannten Haus in Solingen mit den Rufen: „Mör-

der!“ Die Spartakist-Arbeiterpartei gab am selben Tag einen dringenden Aufruf heraus für „Arbeiter/Immigranten-Mobilisierung, um die Mörderbanden des Vierten Reichs zu stoppen!“ Der militante Aufruhr der Jugendlichen, die ohne Rechte oft in der zweiten und dritten Generation in Deutschland aufgewachsen sind und die jetzt ihre Verteidigung gegen die Nazis organisieren, kann dafür einen machtvollen Anstoß geben.

Nazi-Brandanschläge gab es am gleichen Wochenende auf ein Wohnhaus in München, in Berlin, Hannover, Chemnitz, Cuxhaven und Wolfsburg. Und jetzt wurde am Wochenende danach das Haus einer türkischen Familie in Hattingen niedergebrannt, eine Mutter und fünf Kinder entkamen nur knapp dem Tod. Dies sind nicht Aktionen von amoklaufenden „Rowdies“, es ist eine kalkulierte militärische Operation. Unter dem mörderischen Schrei „Ausländer raus“ haben die Faschisten als Speerspitze des nationalistischen Chauvinismus mobilisiert, der mit der kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands einherging, die den deformierten Arbeiterstaat DDR zerstört hat. Allein 1992 haben sie über 30 Menschen umgebracht. Und mit

*Fortgesetzt auf Seite 21*

# Spendenaufwurf der Prometheus Research Library



Der folgende Aufruf wurde am 3. Mai von der Prometheus Research Library herausgegeben.

Die Prometheus Research Library hat eine größere Spendenkampagne angefangen, um die Räumlichkeiten, die wir zur Zeit nutzen, zu erhalten und zu sichern. Wir rufen euch dazu auf zu helfen, unsere Bibliothek zu erhalten, das zentrale Präsenzarchiv der Spartacist League/U.S., amerikanische Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten). Die PRL ist außerdem eine arbeitende Forschungsstätte für einen weiten Bereich marxistischer Studien, offen für jeden qualifizierten Forschenden, der unsere spezielle Sammlung benötigt.

Diese Spendenkampagne ist dringend. Unser bestehender Mietvertrag ist bedroht, was uns vor die unmittelbare Notwendigkeit von erheblichen Ausgaben stellt, um diese Räumlichkeiten zu schützen und zu sichern, und auch größere zusätzliche Kosten für Verbesserungen in den nächsten Jahren beschert. Dies wird Zehntausende Dollar in den nächsten Monaten kosten und weitere Zehntausende in den nächsten Jahren.

Der Zweck der Prometheus Research Library ist es, die unentbehrliche Geschichtsschreibung der internationalen Arbeiterbewegung zu sammeln, zu erhalten und zugänglich zu machen. Die einzigartige Sammlung unserer Bibliothek – konzentriert, aber nicht begrenzt auf die Arbeit und die Interessen der kommunistischen und trotzkistischen Bewegung in Amerika – ist auch die Basis für ein aktives Programm von Veröffentlichungen. Letztes Jahr veröffentlichten wir unser erstes Buch, *James P. Cannon and the Early Years of American Communism, Selected Writings and Speeches, 1920 – 1928* [James P. Cannon und die frühen Jahre des amerikanischen Kommunismus, Ausgewählte Schriften und Reden]. Dieser 624seitige Band, mit vollständigem Index und Fußnoten, erhielt in einer Reihe von Veröffentlichungen positive Kritiken, so in der kanadischen akademischen Zeitschrift *Left History*.

Gerade erschienen ist das vierte Bulletin unserer *Prometheus Research Series*, „Yugoslavia, East Europe and the Fourth International: The Evolution of Pabloist Liquidation-

nism“ [Jugoslawien, Osteuropa und die Vierte Internationale: Die Evolution des pabloistischen Liquidatorentums] von Jan Norden. Dieses Bulletin, das die interne Diskussion innerhalb der Vierten Internationale über deren schwache Reaktion auf die jugoslawische Revolution und die Tito-Stalin-Spaltung 1948 umfaßt, enthält auch seltene Dokumente aus diesem Zeitraum. Veröffentlichungen der PRL haben eine hohe Qualität, aber einen Preis, der sie für eine größtmögliche Leserschaft erschwinglich macht. Das Personal der PRL arbeitet an weiteren Büchern und Bulletins.

Heute jubeln die imperialistischen Ideologen über die Restauration des Kapitalismus in Osteuropa und der früheren Sowjetunion, und das Profitprinzip regelt jetzt den Zugang zu den sowjetischen Archiven. Fabrikbibliotheken, die einmal auf Massenbasis für die Ausbildung der Arbeiterklasse in einer Vielzahl von Themen sorgten, werden geschlossen und die Bücher einfach weggeworfen. Jelzins Regime betreibt die Vernichtung der Bände von Marx, Engels und Lenin in großem Maßstab. Unsere Bibliothek ist nicht einfach eine Fundgrube für solches Material, sondern ist aktiv engagiert in der Arbeit mit Archiven auf der ganzen Welt. Zum Beispiel stehen wir in Verbindung mit dem Berliner Institut für die Geschichte der Arbeiterbewegung, in dessen eigenen Räumlichkeiten letztes Jahr der rachsichtige wiedervereinigte deutsche Staat eine Razzia durchführte. Wir arbeiteten auch aktiv zusammen bei der Quellensuche für die 500seitige *Trotskyist Serials Bibliography, 1927 – 1991* von Wolfgang Lubitz (Saur 1993).

Die Sammlung der Prometheus Research Library umfaßt jetzt über 4500 Bücher und Zeitschriftenbände sowie 100 Rollen Mikrofilm und 50 laufende Meter von archivierten Dokumenten und Bulletins. Unsere Bestände umfassen wesentliches Material über die Organisationen, die von Marx, Engels, Lenin und Trotzki inspiriert und geführt wurden. Wir verfügen über die meisten Protokolle von den Exekutivkomitee-Sitzungen und den Weltkongressen der Kommunistischen Internationale sowie über umfangreiches internes Diskussionsmaterial und einzigartige Ausfertigungen der Protokolle von führenden Komitees der amerikanischen Kommunistischen Partei in den 20er Jahren und der frühen trotzkistischen Bewegung. Wir haben auch eine allgemeine Sammlung von Büchern über verwandte Themen, darunter Geschichte, Naturwissenschaft und weitere Gebiete, die manchmal nur Berührungspunkte haben.

Die jetzigen Räumlichkeiten der PRL sind über einen Zeitraum von 14 Jahren zu einer arbeitsfähigen Archiveinrichtung umgebaut worden, die die Kontrolle der Temperatur und Feuchtigkeit erlaubt, die für den Erhalt alter Zeitschriften und Bücher notwendig ist, und auch den Arbeitsplatz und die Technologie bietet, die Forschern entgegenkommen. Wenn wir nicht in der Lage sind, der jetzigen Bedrohung unserer Bibliothekseinrichtung zu begegnen, werden die großen Geldsummen und die zahllosen Stunden sorgfältiger Arbeit, die bereits über die Jahre investiert wurden, um diese äußerst wichtige Hilfsquelle der sozialistischen Bewegung aufzubauen und zu verbessern, weitgehend verloren sein, und die Arbeit der PRL wird einfach eine Zeitlang zum Stillstand kommen.

**Bitte helft uns, unsere Räumlichkeiten zu erhalten und zu verbessern und unsere einzigartige Sammlung aufrechtzuerhalten. Sendet Dollar-Schecks, Verwendungszweck „PRL Special“, an: Prometheus Research Library, Box 185 Canal St. Station, New York, NY 10013, USA.**

## SPARTAKIST

herausgegeben von der  
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS  
Internationale Kommunistische Liga  
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Marianne Clemens, Renate Dahlhaus,  
Toralf Endrweit, Reiner Hardy, Alexis Hecht,  
Doris Kohn (herausgebende Redakteurin),  
Bert Matthes (Produktion), Jan Norden,  
Max Schütz (verantwortlicher Redakteur), Fred Zierenberg  
VERTRIEB: Uwe Asanov

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74  
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH  
Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11 (ab 1. Juli: 20402 Hamburg), Fax (040) 33 01 54  
Postfach 51 06 55, 1000 Berlin 51 (ab 1. Juli: 13366 Berlin), Fax (030) 491 14 79  
Redaktion Spartakist: Tel. (030) 491 45 48, Korrespondenz über Verlagsanschrift  
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde  
Konto 119 88-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60  
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion  
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb  
ISSN 0173-7430

Dieser Ausgabe von *Spartakist* wird im Postvertrieb als Supplement  
*Spartakist* Nr. 15, deutsche Ausgabe, beigefügt.

# Elke Pirdszun

## 1957 – 1993

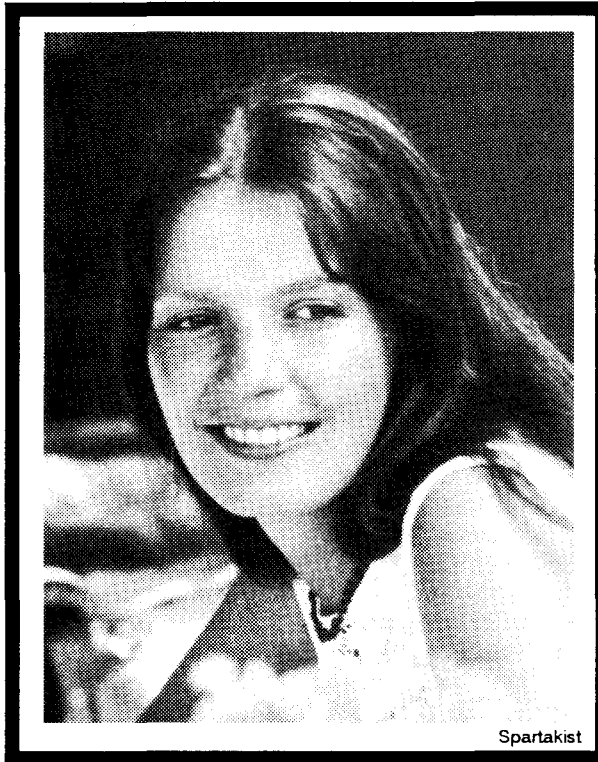
Unsere geliebte Genossin Elke Pirdszun ist am 19. Mai in Duisburg an Krebs gestorben. Elke war tragischerweise erst 36 Jahre alt, fast die Hälfte ihres Lebens hat sie in den Reihen unserer Internationale gekämpft. Als sie starb, war Elke Mitglied der Spartakist-Arbeiterpartei, früher hatte sie auch als führendes Mitglied der Lega Trotskista d'Italia und der Spartacist League/Britain gearbeitet. Elkes Tod hat Genossen in vielen Ländern der Welt in Trauer und Schmerz zurückgelassen.

1975, als Elke 17 Jahre alt war, wurde sie aktive Sympathisantin der Trotzkiistischen Liga Deutschlands und arbeitete mit unserem Organisationskomitee Köln zusammen. Im Oktober 1976 trat sie in die Partei ein und zog nach Berlin. Als sie die marxistischen Grundlagen studierte, half Elke mit, die jungen Genossen zu entwickeln, die wir aus den etwas lumpenproletarisierten neulinken und pabloistischen Milieus gewonnen hatten; sie zeigte durch ihr persönliches Beispiel, daß es zu der Ernsthaftigkeit eines Berufsrevolutionärs gehört, einen Beruf zu erlernen, eine disziplinierte, stabile Existenz zu führen und die Energie hauptsächlich für die Partei einzusetzen.

Elke war eine ruhige, nachdenkliche Genossin, die lieber Fragen durchdachte, bevor sie in den Kampf ging, und dies auch anderen empfahl. Ihre Jahre in der TLD waren in der Tat Jahre von harten, schmerzhaften Kämpfen, um eine deutsche Sektion zu schmieden. 1979 wurde sie als Ortskassiererin in die Ortsleitung der Berliner Ortsgruppe gewählt; im Januar 1981 zog Elke nach Frankfurt/Main um und spielte eine zunehmend wichtigere Rolle in der Führung und beim Redigieren der Zeitung.

Elkes literarische Fähigkeit wurde von allen Genossen anerkannt, die mit ihr zusammenarbeiteten. Ab dem Sommer 1981 war Elke Mitglied der *Spartakist*-Redaktion. Ihr Herz schlug für die deutschsprachige Ausgabe des *Spartacist*, theoretisches und dokumentarisches Organ der internationalen Spartacist Tendenz, jetzt die Internationale Kommunistische Liga. Im Winter 1981/82 fuhr sie als Mitglied der *Spartacist*-Redaktion nach New York, um bei der Endredaktion der Ausgabe Nr. 10 mitzuarbeiten, die sich auf die russische Frage konzentrierte, hauptsächlich auf Polen und Afghanistan.

Als 1981/82 das Gros der vorgeblichen Linken für Solidarność schwärmte, gab es in der TLD einen Kampf über Polen angesichts des konterrevolutionären Griffs von Solidarność nach der Macht. Elke war eine der Genossen in diesem Kampf, die zusammen mit Genossen der Internationale dazu beitrugen, die Sektion um das trotzkistische Programm der proletarisch-politischen Revolution und der



Verteidigung der Errungenschaften der deformierten Arbeiterstaaten umzuorientieren. Sie wurde im September 1981 auf der TLD-Konferenz ins ZK gewählt.

Wir erkannten zu der Zeit, wie Elke selbst im März 1982 schrieb: Die Lehren aus dem Aufstieg des deutschen Nationalismus und aus dem zweiten Kalten Krieg nicht zu lernen würde „ein Fragezeichen hinter den Bestand einer deutschen Sektion“ unserer Tendenz setzen. Die Sozialdemokratie war die ideologische Speerspitze für die zunehmend gestärkte deutsche Bourgeoisie. Es war notwendig, die Sektion zu bewaffnen, um den wiederaufsteigenden deutschen Nationalismus in rechten und „linken“ Farben bekämpfen zu können, besonders da die Sozialdemokratie die „Friedensbewegung“ dominierte. In diesem Zusammenhang brach

ein weiterer ernsthafter Kampf in der TLD aus, der im Sommer 1982 in einer nationalen Notkonferenz gipfelte. Der „linke“ Nationalismus war in die Organisation eingesickert und war in krasser Weise offensichtlich in der Person eines gewissen Ulrich Sandhaus, eines profaschistischen Typs, der aus der TLD ausgeschlossen wurde. Elke wurde auf dieser Konferenz in das dreiköpfige Zentralkomitee gewählt. Sie arbeitete eng mit Genossen der Internationale zusammen an der scharfen Formulierung der Polemik gegen den „linken“ Nationalismus, und Elke hielt auf der Lutte-Ouvrière-Fête 1983 bei unserer öffentlichen Veranstaltung das Referat zu diesem Thema. Diese Arbeit half mit, die Grundlagen für weitere Polemiken gegen unsere Opponenten in Deutschland zu legen.

Im Juli 1983 zog Elke nach Mailand um und arbeitete als Mitglied der LTd'I. Als 1985 Reagan/Kohl obszönerweise die SS bei Bitburg ehrten und die TLD wie die übrige Linke den von jüdischen Gruppen organisierten Protesten fernblieb, intervenierte Elke sofort in die Diskussionen in Deutschland und bestand darauf, daß die Genossen die historischen Lehren aus dem Aufstieg des Faschismus und aus dem Holocaust völlig assimilieren müßten durch ausführliches Lesen sowie interne Auseinandersetzung. In ihrer Bibliothek befanden sich viele Bücher über die jüdische Frage und den Aufstieg des Faschismus.

Elke war außergewöhnlich sprachbegabt. In Mailand lernte sie in kurzer Zeit Italienisch und war wesentlich für die Führung unserer italienischen Sektion. Sie war eine talentierte Organisatorin, die den Wert eines funktionierenden Apparats verstand, und in der LTd'I trug sie dazu bei, daß leninistische Normen und Finanzsysteme wiedereingeführt wurden, so wie sie dies in Berlin getan hatte.

Fortgesetzt auf Seite 4

## Elke...

Fortsetzung von Seite 3

Während des Jahres 1983 gehörte Elke zu den Genossen aus Italien und Deutschland, die programmatische Diskussionen mit einer Gruppe junger Genossen führten, einer linken Fraktion im sonst völlig elenden schweizerischen Vereinigten Sekretariat; die Besten aus dieser Gruppe wurden zu unserer Internationale rekrutiert. Ab Februar 1986 war Elke Mitglied der Spartacist League/Britain, wo sie ins Zentralkomitee kooptiert wurde und auch als Londoner Organisatorin arbeitete. Ihre politische Schärfe gegen zentristische und reformistische Opponenten hinterließ eine Wirkung auf die Sektion, ebenso ihr Bestehen auf einer ordentlichen internen Funktionsweise. Doch als Auswirkung einer Krise, die durch persönliche Verbitterung und Enttäuschung ausgelöst wurde, trat Elke im März 1988 mit Bedauern aus der Partei aus.

Im August 1989 kehrte Elke nach Duisburg im Ruhrgebiet zurück, wo sie aufgewachsen war, und sie unterstützte die Partei von dort aus. Während der keimenden politischen Revolution in der DDR 1989/90 gab sie der Partei eine bedeutende Unterstützung für unsere Arbeit im Ruhrgebiet und nahm an einer unserer regelmäßigen öffentlichen Veranstaltungen in Berlin teil. Als Genossen der SpAD nach dem massiven Streik im öffentlichen Dienst 1992 ins Ruhrgebiet führen, stand Elke in unserer öffentlichen Veranstaltung in Essen auf und intervenierte gegen die deutschen Anhänger von David North – mit ihrer gewohnten Schärfe, und, wie unsere eigenen Genossen bemerkten, noch wirkungsvoller, als es manche unserer eigenen Mitglieder hätten tun können. Danach arbeitete Elke immer enger mit der Partei zusammen.

Ihre letzte öffentliche Intervention mit uns war am

30. August 1992 auf der Demonstration in Rostock gegen das rassistische Pogrom wenige Tage zuvor. Die Polizei ließ einen von Faschisten angeführten Mob ein Wohnheim für Asylsuchende und vietnamesische Arbeiter brandschatzen, danach entfesselte sie massive Unterdrückungsmaßnahmen gegen die linken Demonstranten. Als Elke Anfang 1993 als Ehrenmitglied in die deutsche Sektion wieder eintrat, wußte sie schon, daß sie todkrank war. Sie fühlte sich elend außerhalb der Partei, und sie und ihre Angehörigen haben unseren Genossen wiederholt gesagt, daß sie „nach Hause kam“, als sie wieder eintrat. Während dieser letzten fünf Monate hat Elke der Partei alles gegeben, denn die Partei aufzubauen war für sie der Hauptgrund zu leben und zu kämpfen.

Ihre schreckliche Krankheit ließ ihr nur sehr wenig Zeit, und in der Hoffnung, ein bißchen mehr davon zu erringen, entschied sie, sich schmerzhafter Chemotherapie zu unterziehen. Im Februar hat sie in den kurzen Zeiten der Erleichterung, die sie gewann, Freunde und Genossen in London und Berlin besucht. Obwohl es für sie eine große Anstrengung bedeutete, besuchten sie und ihr Lebensgefährte Arno die Gedenkstätte der Sozialisten in Ostberlin, wo nur wenige Tage zuvor Genossen der SpAD in der Tradition der „3 L“, Lenin, Liebknecht und Luxemburg, Kränze für unsere in Moskau gefallene Genossin Martha Phillips und unseren Berliner Genossen Dirk Schubert niedergelegt hatten.

Elke kämpfte in den wenigen ihr verbleibenden Monaten auf jede ihr mögliche Weise für die Ausweitung der Partei in das industrielle Ruhrgebiet und stellte monatelang ihre Wohnung als Organisationszentrum der Partei zur Verfügung. In den letzten Monaten ihres Lebens hat sie sich sehr gefreut, daß eine deutsche Übersetzung von unserem Buch *Lenin und die Avantgardepartei* in der letzten Phase

### Elkes Eintrittserklärung

## „Wir sind die Partei der Russischen Revolution“

Duisburg, 25. Januar 1993

Liebe Genossen,

Einverstanden, daß alles verändert wird  
Die Welt und die Menschheit  
Vor allem die Unordnung  
Der Menschenklassen, weil es zweierlei  
Menschen gibt  
Ausbeutung und Unkenntnis.

– B. Brecht, Das Einverständnis

Das Angebot, der Partei als Ehrenmitglied wieder beizutreten, hat mich mit großer Freude erfüllt. Meine Krankheit hat mich gezwungen, mein Leben Revue passieren zu lassen, und ich empfand vor allem Reue, nicht mehr in der Partei zu sein. Gerne möchte ich meine Erfahrung und mein Können wieder in den Dienst für den Kampf zur Wiedergeburt der Vierten Internationale, der Weltpartei der sozialistischen Revolution stellen.

„Wir sind die Partei der Russischen Revolution“ war und ist mir eine der liebsten Aussagen des Spartakismus, wie er von der SpAD/IKL verkörpert wird. Die prahlerischsten Lügen vom „Tod des Kommunismus“ können den Oktober 1917, das Datum des Sieges der russischen Arbeiter und Bauern über die zaristische Despotie, nicht aus der Geschichte streichen.

Trotz der todbringenden Schlinge des Stalinismus, des „großen Organisators von Niederlagen“, trotz der ob-

szönen Siegergebärden des Imperialismus, der im Schein brennender Asylbewerberheime, begleitet vom Kugelkonzert mörderischer nationalistischer Gemetzel, seinen vermeintlichen Triumph feiert – trotz alledem: Die Russische Revolution war und bleibt lebendig für alle Kämpfer für die sozialistische Weltrevolution, hatte sie doch ein Sechstel der Erde der kapitalistischen Ordnung von Ausbeutung und Unterdrückung entrissen und damit ein für alle Mal den Beweis für die Überlegenheit gesellschaftlichen Eigentums und der Planwirtschaft über kapitalistisches Privateigentum und die Anarchie des Marktes angetreten.

„Wir sind die Partei der Russischen Revolution“ heißt: Wir sind die Partei des Sieges. Die Erdrosselung des sowjetischen Arbeiterstaates durch den Stalinismus ist eine Niederlage historischen Ausmaßes für das internationale Proletariat. Jedoch kämpft es und wird weiter kämpfen gegen die unersättliche Profitgier des Kapitalismus/Imperialismus, die Schlacht um die Alternative Sozialismus oder Barbarei ist nicht entschieden. Die Partei aufzubauen, die mit dem internationalistischen Programm Lenins und Trotzki diese Schlacht führen und entscheiden wird, dazu will ich mit all meinen Kräften beitragen.

Mit kommunistischen Grüßen

Elke

der Überprüfung war; nur ihre schmerzhaftes Krankheit hat verhindert, daß sie diese selbst abgeschlossen hat.

Elke war bis zuletzt eine harte Kommunistin. Am Tag vor ihrem Tod konnten ihr Genossen, die nach Duisburg gekommen waren, von den Erfolgen unserer Arbeit erzählen, und sie hat sich darüber gefreut – daß unsere Genossen an diesem Tag für die Verteidigung von DDR-Meisterpion Markus Wolf bei seinem Prozeß in Düsseldorf demonstrierten; daß unsere Genossen in Hamburg bei der Verteidigung der gegen die Massenabschiebung protestierenden Roma und Sinti begeistert empfangen worden waren; daß die europaweite Veranstaltungsreihe unserer Genossin Renate erfolgreich war.

Elke war großgeworden in einer proletarischen Familie polnischer Abstammung. Ihre Mutter Uschi war die rebellische, entschlossene und talentierte Tochter eines konservativen Bergarbeiters. Uschi mußte dem eigenen Vater trotzen und der Kirche nachgeben, um überhaupt eine weiterführende Schule besuchen zu können; sogar für talentierte Arbeiterkinder war nur die Klosterschule kostenlos. Unter den vielen Lehren aus dieser Erziehung, die sie an Elke weitergab, war ein tiefer Haß gegen die Diskriminierung der Frauen, und die Frauenfrage hat Elke als Kommunistin zutiefst motiviert.

Elkes Vater Helmut war gelernter Tischler, aber um die

drei Kinder großzuziehen, ging er beim Mannesmann-Stahlbetrieb arbeiten, wo mehr bezahlt wurde. Er hing sehr an Elke, der ältesten, ermutigte sie zu lesen, und auch er prägte ihren Charakter. Als aktiver sozialdemokratischer Gewerkschafter gewann Helmut Pirdszun sehr viel Respekt und Liebe unter seinen eingewanderten Kollegen bei Mannesmann, die einen Gutteil der Arbeiterschaft darstellten. Er starb an Krebs, als Elke erst zehn Jahre alt war, und die ganze Schicht machte an dem Tag die Fabrik dicht, um mit der Familie um „unseren Bruder“ zu trauern.

Elke war resolut unabhängig, und sie verabscheute Heuchelei. Doch sie verbarg nie ihr Mitgefühl für die Ausgebeuteten und Unterdrückten oder ihre warmherzige Großzügigkeit für ihre Freunde und alle, die ihr teuer waren. Es ist ein Trost für ihre Genossen und Freunde, daß Elke in ihrem Kampf um ihr Leben bis zuletzt grenzenlose Liebe und Unterstützung von Arno, Uschi, Horst und ihren beiden Schwestern erhielt. Wir sind mit unserem Herzen bei ihnen. Elke widmete ihre vielseitigen Talente und ihre Intelligenz dem Kampf für eine Revolution, die den Weg eröffnen würde für den Aufbau einer wirklich humanen, sozialistischen Gesellschaft. Laßt uns mit diesem Ziel vorwärtsgehen und eine internationale leninistische Partei aufbauen, die den Kampf gegen alle Formen der sozialen Unterdrückung auf ihr Banner schreibt. ■

## MOVE 1985 – Waco 1993

Am 13. Mai 1985 wurden elf Mitglieder der vorwiegend schwarzen MOVE-Kommune in Philadelphia ermordet, als die Regierung ihr Haus bombardierte und einen Feuersturm entfachte, der die gesamte Nachbarschaft vernichtete. Der schwarze Bürgermeister Wilson Goode von den Demokraten gab den Befehl, das FBI lieferte die C-4-Sprengmittel, die Bullen von Philly warfen die Bombe und setzten dann ihre Salven von Maschinengewehr- und Gewehrfeuer fort, um diejenigen, die zu entkommen versuchten, in die Flammen zurückzutreiben.

Die MOVE-Kommune war schon einmal vom Staat ins Visier genommen worden – 1978 griffen 600 Bullen ihr Haus massiert an, und ein Bulle kam ums Leben. Der rachsüchtige Staat warf damals neun MOVE-Mitglieder ins Gefängnis, und MOVE agitierte weiter für die Freilassung ihrer eingesperrten Genossen. Das Massaker von 1985 war berechneter rassistischer Staatsterror, eine Botschaft zur Einschüchterung der schwarzen Bevölkerung – und aller anderen in der Schußlinie der Regierung –, daß du der nächste sein könntest, wenn du aus der Reihe tanzst.

Als die Regierung am 19. April die religiöse Gruppe der Davidianer in ihrem Haus bei Waco abschlachtete, waren die Parallelen zum MOVE-Massaker unübersehbar. Am 1. Mai sprach *Workers Vanguard*, Zeitung der Spartacist League/US, mit Ramona Africa, die von der Regierung sieben Jahre lang gefangengehalten wurde für das „Verbrechen“, das MOVE-Massaker überlebt zu haben. Nachfolgend drucken wir Auszüge aus ihrer Erklärung ab.

### Ramona Africa:

Die Angelegenheit, die die Konfrontation vom 13. März verursachte, muß noch gelöst werden, nämlich die fortwährende Inhaftierung meiner neun unschuldigen Brüder und Schwestern für einen Mord, den sie nicht begangen haben. Die Priorität von MOVE besteht darin, unsere Leute nach Hause zu bringen und sie aus dem

Gefängnis zu bekommen. Wir wollen, daß Leute verstehen, daß wir bombardiert und massakriert wurden, weil wir uns weigerten, Ungerechtigkeit hinzunehmen, weil wir uns weigerten, uns schweigend zurückzulehnen und zuzusehen, wie unsere unschuldigen Familienmitglieder im Gefängnis schmoren.

MOVE, die seit über 20 Jahren auf der Weisheit beruht, die uns von John Africa gegeben wurde, hat Leuten erzählt, wie brutal und wahnsinnig diejenigen sind, die dieses System führen. MOVE hat dem Amerika der weißen Mittelklasse gesagt, daß sie von der Brutalität und dem Wahnsinn dieser Regierung nicht ausgenommen sind. Es hat die ganze jüngste Geschichte hindurch ein paar Beispiele gegeben, zum Beispiel das Massaker an Studenten von Kent State.

Die kürzlichen Ereignisse in Waco, Texas, sind eine noch dreistere Angelegenheit. MOVE weiß nicht viel über die Davidianer. Wir haben eigentlich nichts mit ihnen gemeinsam, außer einer Sache – die Brutalität und der Wahnsinn, wie die Regierung über sie hergefallen ist, genauso wie sie über MOVE hergefallen ist.

Jedesmal, wenn man eine ganze US-Regierung hat und sie ein Problem mit einer Gruppe sieht, ob es nun die Davidianer sind oder MOVE, und die Regierung das Problem nicht lösen kann ohne den Tod und die Zerstörung, die wir in beiden Situationen gesehen haben, dann ist etwas ernsthaft falsch. Der Grad von Brutalität und Wahnsinn, wie diese Regierung über beide Gruppen herfiel, ist einfach unglaublich.

Aber es ist höchste Zeit, daß Leute anfangen zu glauben, wie sehr außer Kontrolle diejenigen sind, die das System führen. Diese Beamten erzählen den Leuten, daß dies eine Regierung des Volkes und für das Volk sein soll – na ja, es ist Zeit, daß das Volk sie beim Wort nimmt und ihnen das wirklich demonstriert, weil es offensichtlich ist, daß diejenigen, die dieses System führen, nicht wissen, was sie tun, und wahnsinnig sind.

Übersetzt aus *Workers Vanguard* Nr. 576, 21 Mai

# Walesa/IWF-Regime in Aufruhr

## Streikwelle rollt in Polen

WARSAU, 29. Mai – Die Regierung von Ministerpräsidentin Hanna Suchocka, bekannt als die „Eiserne Lady“ Polens wegen ihrer Kahlschlagspolitik à la Thatcher, wurde gestern im Sejm (Parlament) durch ein Mißtrauensvotum gestürzt, nach weniger als einem Jahr Amtstätigkeit. Dies ist die vierte Regierung in ebenso vielen Jahren, seit die diskreditierte stalinistische Bürokratie 1989 die Macht an Lech Walesas Solidarność aushändigte und diese ihre „Schocktherapie“-Offensive startete, um den Kapitalismus zu restaurieren. Präsident Walesa löste daraufhin den Sejm auf, die Suchocka-Regierung soll bis zu Neuwahlen im Herbst per Verordnung regieren. Ironischerweise wurde der letzte Antrag gegen die Regierung durch die Vertreter der Gewerkschaft Solidarność im Sejm initiiert, die auf Suchocka sauer waren wegen ihrer Weigerung, für Lehrer und andere Staatsangestellte Lohnerhöhungen zuzulassen.

Die internen Machtkämpfe und das Durcheinander unter den zahlreichen Fraktionen, die aus der Konterrevolution von Solidarność hervorgingen, spiegelt die Unfähigkeit der neuen Bourgeoisie wider, mit einer praktisch ununterbrochenen Welle von Arbeiterkämpfen fertigzuwerden. Schon zweimal zuvor war die Suchocka-Regierung fast gestürzt worden durch Streikaktionen: die der Kupferbergarbeiter und Metaller im letzten Sommer und der Kohlenbergarbeiter im Dezember. Es vergeht kaum ein Tag ohne einen Streik in irgendeinem Teil des Landes. Eine Woche vor der Parlamentsabstimmung legte ein solider Streik der Transportarbeiter Warschau für einen Tag lahm.

Drei Jahre nachdem Walesa die Präsidentschaft übernahm und damit den Sieg der kapitalistischen Konterrevolution besiegelte, erlebt die Arbeiterklasse Polens Angriffe auf ihre Lebensbedingungen wie nie zuvor in der Nachkriegsgeschichte. Es gibt immer mehr lautstarke Rufe nach einer „starken Hand“ am Ruder. Kürzlich wurde gegen den früheren stalinistischen Präsidenten Jaruzelski und mehrere Generäle Anklage erhoben, die an dem scharfen Durchgreifen beteiligt waren, das im Dezember 1981 den Griff von Solidarność nach der Macht vereitelte; dies signalisiert einen erneuten Aufschwung des Antikommunismus. Die faschistoide Konföderation für ein unabhängiges Polen (KPN) unter Leczek Muczulski, die ihre Mitglieder in „interne Alarmbereitschaft“ versetzt hat und schwarze Listen für zukünftige Säuberungen vorbereitet, stellte unmittelbar nach dem Mißtrauensvotum ihren eigenen Ministerpräsidenten-Kandidaten vor. Am 18. Mai marschierte eine ultrarechte Anti-Walesa-Fraktion der Solidarność-Führung aus der Region Mazowsze (Warschauer Gebiet) zum Präsidentenpalast Belweder unter Rufen „Gott, Ehre, Vaterland“ und forderten eine Säuberung, um „den Staat von seinen kommunistischen Wurzeln abzutrennen“. Die Demonstration war von Antisemitismus durchsetzt und hatte auch ein Kontingent Skinheads von der faschistischen NOP.

Eine Woche später rief Maciej Jankowski, Solidarność-Chef der Mazowsze-Region und Walesa-Unterstützer, zu einem „Generalstreik“ für eine Reihe ökonomischer Forderungen auf, die gekrönt wurden von der bonapartistischen Forderung nach einer „Krisenregierung, die über den Parteien steht“. Die OPZZ (ex-stalinistische Gewerkschaft) des Warschauer Gebiets unterstützte den Streikaufruf unter dem Vorwand von „gemeinsamen ökonomischen Forderungen“, aber die nationale OPZZ-Führung distanzierte sich von dem, wie sie es nannte, „Familien“-Konflikt. Letzten

Endes wurde der Streikaufruf weitgehend ignoriert, sogar vom Großteil der Arbeiter von Jankowskis eigener Basis bei den Lucchini-Stahlwerken. Der Streik wurde abgesetzt, nachdem Walesa in einem Privattreffen mit Jankowski davor warnte, „mit dem Feuer zu spielen“, aber danach betonte er, er würde dem Parlament nicht erlauben, „sich in die Arbeit der Regierung einzumischen“. Walesa, dieser Möchtegern-Pilsudski, hat seine bonapartistischen Ambitionen kaum verschleiert, wiederholt schon drohte er, das Parlament aufzulösen und eine „Expertenregierung“ zu bilden. Jetzt führt er Schritt eins seiner Pläne aus.

Das neue kapitalistische Regime ist brüchig, und Walesa genießt sogar noch weniger Popularität als Suchocka. Ein Aufschwung proletarischen Kampfes könnte leicht den gesamten wackligen kapitalistischen Staatsapparat hinwegfegen. In Polen ist wie nirgendwo sonst in Osteuropa oder der Ex-UdSSR ein revolutionärer Kampf für proletarische Macht auf der Basis von authentischer Sowjetdemokratie eine greifbare Möglichkeit. Doch die Irreführer von SdRP (ex-stalinistische Sozialdemokraten) und OPZZ, die ihre bankrotte Politik zur logischen Konsequenz führten und den bürokratisch deformierten Arbeiterstaat an Walesa & Co. aushändigten, haben heute kein anderes Ziel, als loyale Handlanger des Kapitalismus in der Arbeiterbewegung zu sein. Die SdPR-Konferenz im März applaudierte begeistert Walesas Grußadresse, und heute wünschen sie ihm, „erfolgreich zu sein“ dabei, nicht zuzulassen, daß „Polen brennt“ (*Trybuna*, 22./23. Mai).

Der Verrat der SdRP- und OPZZ-Bürokraten verschafft finsternen Haufen wie KPN, Kämpfende Solidarność und Solidarność 80 – geführt von dem antisemitischen Nationalisten Marian Jurczyk – eine Öffnung; diese benutzen ökonomische Militanz, um ein bösartig chauvinistisches Programm zu propagieren. Gleichzeitig laufen verschiedene selbsternannte „revolutionäre“ und „trozkistische“ Gruppen, die den ursprünglichen konterrevolutionären Griff von Solidarność nach der Macht voll und ganz unterstützten, hinter reaktionären Haufen wie Solidarność 80 her. Die Cliff-Anhänger „Sozialistische Solidarność“, die *Dalej!*-Gruppe (Anhänger von Ernest Mandel) und die mit den Morenisten verbundene „Initiativgruppe für eine Arbeiterpartei“ mischten sich alle am 18. Mai schamlos unter die ultrarechten Demonstranten. Die Mandelianer hatten für diese antikommunistische Demonstration sogar ein Flugblatt.

Das polnische Proletariat ist in einer guten Position, um eine führende Rolle beim Umkehren der konterrevolutionären Welle zu spielen, die die osteuropäischen Arbeiter ins Elend gestürzt hat. Um das zu tun, muß es sich wieder seine Geschichte des revolutionären, internationalistischen Kampfes zurückerobern – von den Tagen des zaristischen Reiches bis zu den antibürokratischen Aufständen von 1956, 1970 und 1976. Nur wir Spartakisten riefen 1981 dazu auf: „Stoppt die Konterrevolution der Solidarność!“ Heute kämpft die Spartakusowska Grupa Polski, die Spartakist-Gruppe Polens, dafür, eine Partei wie die bolschewistische Partei Lenins und Trozkis aufzubauen: einen „Volkstribun“, der die grundlegende Verbindung zwischen den ökonomischen Verhältnissen der Arbeiter und der Verteidigung der Frauen, Juden, Roma, Schwulen und aller Unterdrückten erkennt. Für die sozialistische Revolution, um Walesa und alle neuen Ausbeuter hinwegzufegen!

Nach Workers Vanguard Nr. 577, 4. Juni

**Junge  
Spartakisten**

# Nach Bruch mit den Autonomen: „Besonders überzeugt von der Diktatur des Proletariats“

27. Mai 1993

Liebe Genossinnen und Genossen!

„Unsere Bewegung, die Bewegung des wissenschaftlichen Sozialismus, beurteilt alles von einem Klassenstandpunkt aus. Unser Ziel ist der Aufbau einer Vorhutpartei, die den proletarischen Kampf um die Macht und die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft anführen soll. Das ist unsere ‚Wissenschaft‘“ (J.P. Cannon, *Kampf für eine proletarische Partei*). Genossen, hiermit beantrage ich meine Aufnahme in die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands/Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten).

Ich habe dieses Zitat von Cannon zur Eröffnung meiner Eintrittserklärung gewählt, da es meine Vorstellungen von einer proletarischen Partei sehr gut widerspiegelt. Seit nunmehr etwa einem halben Jahr setze ich mich mit eurem Programm, den Lehren Marx', Engels', Lenins und Trotzki auseinander, und möchte sagen, daß der Entschluß, diese Eintrittserklärung zu schreiben, sehr gut überlegt ist.

Ich komme politisch aus dem anarchistisch-autonomen Milieu, wo ich ca. drei Jahre lang aktiv war. Es kam dort jedoch schon ziemlich schnell zu einem politischen Bruch mit den Autonomen, den ich in der Zeit der kapitalistischen Wiedervereinigung datieren würde. Wenn ich auch zu dieser Zeit politisch noch sehr unreif war, so konnten mir doch die Autonomen auf meine Fragen zur Wiedervereinigung nicht viel antworten. Sie waren zwar „irgendwie“ gegen die kapitalistische Wiedervereinigung, jedoch nicht, weil sie die sozialen Errungenschaften der DDR wirklich verteidigen wollten! Hierin zeigte sich für mich auch sehr gut der Klassencharakter der Autonomen, der nun mal größtenteils sehr lumpenproletarisch ist. Als das jüngste Beispiel hierfür darf man wohl die „revolutionäre“ 1. Mai-Demonstration in Berlin nennen, wo Autonome zusammen mit der Polizei Mitglieder der Gruppe „Revolutionary Internationalist Movement (RIM)“ aus der Demonstration warfen.

Ich habe dann nach meinem endgültigen Bruch mit den Autonomen mich mit anderen politischen Programmen auseinandergesetzt und bin zu den Kommunisten gestoßen. Besonders hatte mich die Idee von der „Diktatur des Proletariats“ überzeugt. Dies ist eine wichtige Aussage, die bei

den Anarchisten einfach nicht vorkommt. Sie verleugnen die Notwendigkeit eines Übergangstaates und verschweigen somit den aggressiven Charakter der Imperialisten. Sie haben bei ihrer Zeichnung der Fratze der Bourgeoisie die spitzen, scharfen Zähne vergessen! Aber anstatt sich vor diesen Zähnen zu schützen und einen Maulkorb anzulegen, lassen sie sich lieber beißen. Ich hatte mich also ein wenig umgeschaut bei den zahlreichen linken Gruppen und Parteien, die es so gibt, doch es konnte mich keine dieser Parteien so recht von ihrem Programm überzeugen.

Ich habe dann auch an euch einen Brief geschrieben und ihr habt mir daraufhin den *Spartakist* zugeschickt. Ich muß sagen, ich war schon sehr beeindruckt davon, in eurer Zeitung einen ganz klaren Klassenstandpunkt zu entdecken. Man kann eure ganze Zeitung unter dem Gesichtspunkt „Was ist im Interesse der Arbeiterklasse?“ lesen. Ihr habt die Sachen bei ihrem Namen genannt, indem ihr z.B. nicht einfach BRD geschrieben habt, sondern diesen Staat ganz klar als Viertes Reich definiert habt. Ihr hattet eine konsequente Verteidigung der deformierten Arbeiterstaaten und ihrer Repräsentanten und der Inhaftierten der Roten Armee Fraktion (RAF). Ihr habt jedoch eure Verteidigung immer mit einer grundsätzlichen, politischen Kritik am Stalinismus verbunden. Ich war sogar so beeindruckt von eurer Zeitung, daß ich euch gleich einen zweiten Brief geschrieben habe, in dem ich euch fragte, was konkret für mich zu tun ist und welche Möglichkeiten es dazu in eurer Partei gibt. Seit dieser Zeit ist jetzt ca. ein halbes Jahr vergangen, und ich habe inzwischen euer Programm viel besser kennengelernt und fühle mich bereit, am Aufbau der proletarischen Avantgardepartei teilzunehmen. Ich hoffe, daß es mir möglich sein wird, meinen Beitrag hierzu in eurer Partei, der SpAD, zu leisten.

Für den Fall meiner Aufnahme verpflichte ich mich zur Anerkennung der revolutionären Parteidisziplin sowie der Prinzipien des demokratischen Zentralismus und zur Zahlung eines regelmäßigen Beitrags entsprechend meinem Einkommen.

Mit revolutionären Grüßen  
Daniel

## Soeben erschienen!

### **Spartacist** (deutsche Ausgabe)

Nr. 15, Frühjahr 1993 (64 Seiten), DM 2,-

*Spartacist* ist die theoretische und dokumentarische Quellensammlung der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten). Unter der Leitung des Internationalen Exekutivkomitees in Englisch, Französisch, Deutsch und Spanisch veröffentlicht, verkörpert *Spartacist* die Verpflichtung der IKL auf den leninistischen Internationalismus.

Alle *Spartakist*-Abonnenten erhalten *Spartacist* zugeschickt.

**Bestellt bei:** Postfach 51 06 55, 1000 Berlin 51 (ab 1. Juli: 13366 Berlin)  
Konto 11988-601, Postgiro Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60



# Stoppt die Abschiebungen! Verteidigt Roma und Sinti durch Arbeiter/Immigranten-Mobilisierung!

Der Roma National Congress kündigte die Besetzung des KZ-Geländes Neuengamme für den 16. Mai an, um gegen die Abschiebung der Roma nach Osteuropa zu protestieren. Auf die Hetzkampagne und das Verbot, die Gedenkstätte zu betreten, reagierten wir mit einer gemeinsamen Erklärung der deutschen und der polnischen Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), wie unten abgedruckt.

In Neuengamme versperrte ein massives Bullenaufgebot dem militanten Marsch von 500 Roma den Zugang zum KZ-Gelände, wo ihre Familien von den Nazis ermordet worden waren. Die Demonstration rief in lautstarken Sprechchören: „Keine Abschiebung, Abschiebung ist Mord!“ Die SpAD mobilisierte fast 20 Genossen zur Unterstützung des Protestes, unsere Plakate auf Deutsch und Serbokroatisch wurden uns fast aus der Hand gerissen, besonders die Forderung „SPD = Polizeiterror gegen Roma, Sinti, Hafensstraße und Abschiebung von Immigranten“. Neben den Roma-Fahnen waren unsere Plakate überall zu sehen, selbst auf Kinderwagen und in Autofenstern hieß es: „Viertes Reich: Hände weg von Roma“.

500 000 Roma and Sinti wurden durch den Nazi-Holocaust ermordet. Und jetzt gehören die Roma und Sinti in dem Vierten Reich des wiedervereinigten deutschen Imperialismus, von der Ruhr bis Rostock, immer zu den ersten Zielscheiben der CDU/SPD-Abschieber in Bonn, Düsseldorf, Hamburg und Saarbrücken sowie der Nazi-Mörderbanden auf der Straße. Am 16. Mai startet der Roma National Congress eine Reihe von Aktionen, um gegen die Abschiebungspolitik der Bourgeoisie von Auschwitz zu protestieren. Sie wollen das Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Neuengamme bei Hamburg besetzen und haben angekündigt, die Grenze zwischen Deutschland und Polen zu blockieren. Neuengamme war ein Sammellager für

Zwangsarbeiter, in dem außer Roma auch Kommunisten aus dem Westen waren, darunter belgische Trotzlisten, und Kriegsgefangene der Roten Armee.

Der SPD-Senat in Hamburg hat Neuengamme zur „Grünanlage“ erklärt und mit Polizeipatrouillen abriegelt. Er droht, mit Bullen-Terror den Protest bei Neuengamme zu verhindern und das besetzte Gelände zu räumen, wie er es schon bei einem ähnlichen Protest 1989 brutal durchgeführt hat. Und 1992 protestierten die Spartakisten dagegen, daß SPD-Bürgermeister Voscheraus Polizeihundertschaften orthodoxe Juden wegschleppten und verhafteten, weil sie die Schändung des jüdischen Friedhofs in Hamburg-Ottensen verhindern wollten, der einst von Nazis zerstört wurde. Wir Trotzlisten solidarisieren uns jetzt mit dem gerechten Protest der Roma und Sinti, dessen Zweck es ist, internationale Aufmerksamkeit auf die Lage dieses Volkes zu lenken, das massenweise von den Nazis ermordet wurde. Wir Spartakisten wenden uns in erster Linie an die organisierte Arbeiterklasse, um die Roma und Sinti zu verteidigen. Schließt euch dem Protest am 16. Mai an! Stoppt die Abschiebungen!

Der 16. Mai ist der 53. Jahrestag des Beginns der Deportation der Sinti und Roma in das von den Nazis besetzte Polen, was schließlich mit ihrer Ermordung in den Gaskammern von Auschwitz endete. Die geplanten Aktionen finden nur wenige Tage nach der Verabschiedung des rassistischen Abkommens mit Polen statt, wonach die Roma in die Hölle von Elend und Pogromen abgeschoben werden und Walesas konterrevolutionäre Regierung für ihre Aufnahme Blutgeld von der „Bundesbankrepublik“ erhalten soll. „Mit deutschen Geldern werden die polnischen ‚Grenzschützer‘ ausgerüstet, um die deutsche Grenze gegen Romaflüchtlinge, überwiegend Frauen und Kinder, zu verteidigen“ (Presse-



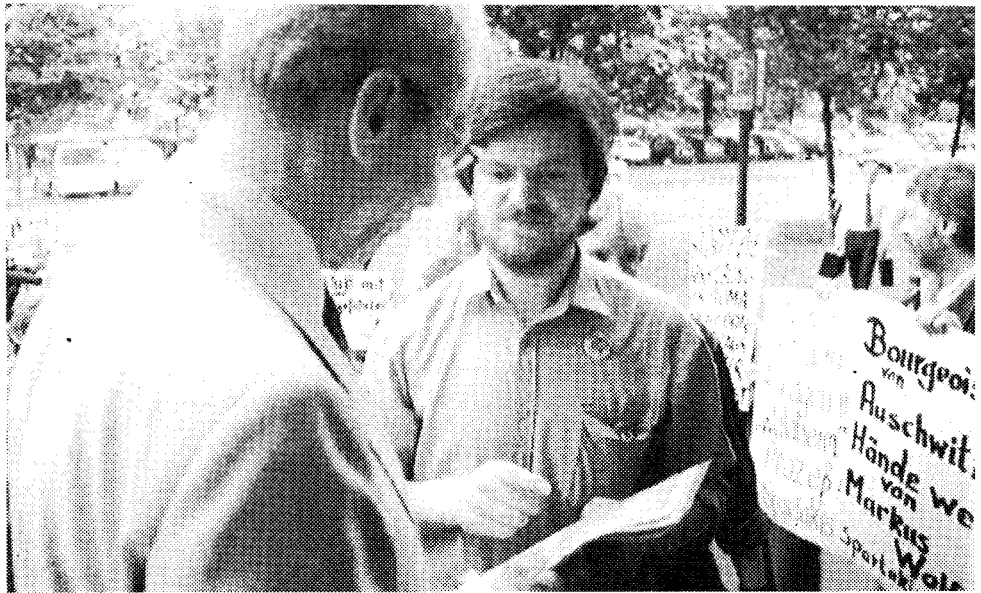
Spartakisten bei Protest gegen Abschiebung von Sinti und Roma auf ehemaligem KZ-Gelände Neuengamme bei Hamburg. Plakat auf Serbokroatisch lautet: „Viertes Reich – Hände weg von Roma und Sinti!“



## Vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf

# Trotzkisten fordern: Hände weg von Markus Wolf!

Am 18. Mai demonstrierten Vertreter der Spartakist-Arbeiterpartei und des Komitees für soziale Verteidigung vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht. Wir fordern die sofortige Niederschlagung des antikommunistischen Schauprozesses gegen den DDR-Meisterspion Markus Wolf, der wegen „Landesverrats“ vor Gericht steht. Für den selbsterklärten „Rechtsnachfolger“ des Dritten Reichs ist es allerdings „Verrat“, den Arbeiterstaat DDR, der aus dem Sieg der Roten Armee über Hitlerdeutschland 1945 hervorgegangen ist, gegen imperialistische Aggression und Zersetzung verteidigt zu haben. Wolf hat sich über die Aktion unserer Genossen gefreut. Unser Genosse Reinhard Hartwig, ein Bundestagswahlkandidat der SpAD 1990, überbrachte Markus Wolf Solidaritätsgrüße von Leipziger IG-Metall-Streikposten und überreichte ihm die Protesterklärung der SpAD



dpa

gegen den Prozeß sowie andere Literatur. Die DDR zu verteidigen war kein Verbrechen — sondern ihr Ausverkauf war es! Viertes Reich: Hände weg von Markus Wolf und allen Vertretern der DDR! Sofortige Freilassung von Heinz Keßler, Erich Mielke und den anderen!

Info des Roma National Congress, 5. Mai). Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands und die Spartakusowska Grupa Polski fordern: Nieder mit dem rassistischen deutsch-polnischen Abkommen! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

In Polen selbst hat die klerikal-nationalistische Solidarność an der Macht einen scharfen Anstieg des Antisemitismus und Angriffe von rassistischem Pöbel auf Roma angestachelt. Am Vorabend des 50. Jahrestags vom heroischen Aufstand des Warschauer Ghettos „rehabilitierte“ das Walesa-Regime in grotesker Weise die pogromistischen NSZ-Banden aus dem Zweiten Weltkrieg, nachdem es zuvor ein drakonisches Abtreibungsverbot durchgedrückt hatte. Mit diesem klerikalistischen Kreuzzug geht die Verelendung der Arbeiterklasse einher. Doch das polnische Proletariat ist aus seinem Solidarność-Rausch aufgewacht, und in den letzten zwei Jahren hat es eine praktisch ununterbrochene Reihe von Streiks gegen das kapitalistische Regime gegeben, darunter massive Streikwellen der Kupferbergarbeiter und Metaller im letzten Sommer und der Kumpel im Dezember. Nieder mit der kapitalistischen Reaktion von Solidarność, dem Rassismus gegen Roma und dem Antisemitismus! Arbeiter an die Macht!

Die Bourgeoisie von Auschwitz will Deutschland wieder „romafrei“ machen. Ende der 80er Jahre initiierte Johannes Rau, SPD-Chef von Nordrhein-Westfalen, ein „Pilotprojekt“ zum Aufbau von Lagern in Makedonien, damit Roma und Sinti deportiert werden könnten. Die Konterrevolution in der DDR und die Zerstörung der deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas gaben dem rassistischen und antisemitischen Terror fürchterlichen Auftrieb. Nachdem der deutsche Imperialismus die Konterrevolution vorangetrieben hat, wollen Grüne wie Cohn-Bendit die Bundeswehr ins ehemalige Jugoslawien schicken, um die Macht des wiedervereinigten Deutschland zu zeigen. Und hier wollen sie Einwanderungsquoten haben, um die Opfer von Elend und

Pogromen von hier fernzuhalten. Angesichts des wachsenden rassistischen Terrors forderte die PDS mehr Bullen, die entweder beiseite standen oder offen die Nazi-Mörder unterstützten wie in Rostock. Dort wurden Antifaschisten wie die Nazijäger Beate, Serge und Arno Klarsfeld verhaftet, weil sie am Rostocker Rathaus eine Tafel anbrachten, die an den Nazi-Völkermord an den Roma und Sinti erinnerte, und weil sie gegen den deutsch-rumänischen Abschiebungsvertrag protestierten. Wir Spartakisten warnten, daß die kapitalistische Wiedervereinigung Massenarbeitslosigkeit und Nationalismus verschärft vorantreiben würde. Deshalb verteidigten wir die DDR und kämpften gegen die Konterrevolution, und heute wie damals kämpfen wir für ein rotes Rätendeutschland als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.

Jetzt stehen die ostdeutschen Metaller und Stahlkocher von Eisenhüttenstadt bis Zwickau in einem Streik gegen die Folgen der Wiedervereinigung, der nur siegen kann, wenn er zum Vollstreik in Ost und West ausgeweitet wird. Es ist notwendig und möglich, den ökonomischen Kampf der Arbeiter mit den politischen Forderungen von allen Immigranten und Minderheiten zu verbinden. Dafür brauchen wir eine leninistische Partei als Volkstribun aller Unterdrückten. Bei diesem Kampf werden die eingewanderten Kollegen eine Schlüsselrolle spielen. Die Streikpostenkette müssen nicht nur sich gegen Streikbrecher verteidigen, sondern auch die Immigrantenvohnheime gegen faschistische Überfälle und Polizeirazzien. Piloten, Crews und Fluglotsen haben die Macht, die Deportationsflüge zu verhindern. Wie wir 1989 schrieben, als Voscherau das KZ-Gelände Neuengamme durch Polizeigewalt „romafrei“ machte: „Die organisierte Arbeiterbewegung, zusammen mit Immigrantensorganisationen, hat die Macht, die demokratischen Rechte und das Recht auf Leben aller Unterdrückten zu verteidigen. Diese Macht kann und muß mobilisiert werden, um die Abschiebung der Roma und Sinti zu stoppen!“ ■

# Von Kohls Anschluß bis zu Steinkühlers Ausverkauf MLPD: Nachhut der Konterrevolution

Arbeiter aus Ost und West zeigten in den letzten Wochen beim Stahl- und Metallstreik ihre Kampfbereitschaft. Die Bosse wollen die Werktätigen für die Kosten des kapitalistischen Anschlusses der DDR auspressen. Als Hunderttausende Arbeiter im Westen solidarisch angingen, die Zersplitterungstaktik der sozialdemokratischen DGB-Bonzen aufzubrechen, rückte die Ausweitung der Streiks in greifbare Nähe. Aber die IGM-Führung diktierte am Vorabend der Ausdehnung einen „Pilotabschluß“ in Sachsen, um den Streik gegen die Opposition der Arbeiter abzuwürgen.

Direkt nach dem Ausverkauf des ostdeutschen Metallstreiks startete die Bourgeoisie einen Rachefeldzug, von Karenztagen und dem faktischen Abtreibungsverbot bis zum rassistischen Asylbeschluß, dem Solingen folgte. Jetzt schwingt sich die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) zum Sprecher der IG-Metall-Bürokratie auf, die die Spaltung der Arbeiterklasse in West und Ost festschreibt und zusätzliche „Härtefall“-Ostbilliglöhne schafft.

Mit einem Artikel „Vorsicht Spalter“ in der *Roten Fahne* vom 30. Mai startet die MLPD einen Angriff auf uns Spartakisten, weil wir für den Vollstreik der Metaller, Stahl- und Bergarbeiter kämpften, und antwortet auf unsere Forderung, militante Streikkomitees zu bilden, und auf unsere Bemerkung, daß eine Ausweitung des Streiks auf ÖTV und Bergbau zu einem Generalstreik führen könnte: „Das ist pures Abenteuerium und ein Angriff auf die gewerkschaftlichen Streikleitungen.“ Erzählt das mal den Hennigsdorfer Stahlwerkern, die tagelang über den „Schweinekompromiß“ der „Frankfurter Mafia“ im Aufruhr waren!

Die MLPD verteidigt die „Schwerpunktstreik“- (Aufsplittungs-) Strategie der DGB-Bürokraten, mit der der Kampf in Ost und West gespalten wurde: „Dabei gehört es zum ABC jedes aktiven Gewerkschaftlers, daß es Unsinn ist, zu Beginn eines Kampfs gleich alle Truppen ins Gefecht zu schicken.“ Hier sind die Gelüste dieser Helfershelfer von Steinkühler & Co. auf den Punkt gebracht, sich als zweiter Aufgänger der Gewerkschaftsbürokraten anzubiedern.

Wir Spartakisten sagten dagegen in unserem Flugblatt unter dem Titel „Metall, Stahl, Bergbau: Vollstreik jetzt, Ost und West“ (29. April): „Inmitten einer kapitalistischen Wirtschaftskrise, wo die Bosse einen Kahlschlag planen, werden isolierte Streiks nicht viel ausrichten. Jetzt müssen die Metaller, Stahlarbeiter und Bergleute, die vom Ruhrgebiet bis Eisenhüttenstadt um ihre Existenz kämpfen, mit einem geschlossenen Streik den Generalangriff von Regierung und Bossen zurückschlagen.“ In der Überschrift sagten wir unverblümt: „Arbeiter müssen um die Macht kämpfen!“ Dagegen bietet die MLPD an, Unterschriften zu sammeln, um „Millionen Arbeitsplätze“ zu schaffen, als ob Bittschriften an Kohl und Kapital dies bewirken könnten.

„Schwerpunktstreiks“, das war Rheinhausen 1987/88. Sieben Monate lang haben die IGM-Bonzen sich geweigert, „gleich alle Truppen ins Gefecht zu schicken“. Das Radwerk der Sozialdemokratie – von SPD-Spitzen bis zu den Betriebsräten – hat mit Hilfe der MLPD (und DKP) die Kampfkraft der Arbeiter in eine endlose Reihe „symbolischer Proteste“ abgeleitet. Fünf Jahre darauf sollen alle Stahlwerker entlassen werden! Heute erinnern Krupp-Arbeiter an den absurden Aufruf der MLPD zu einem „selbständigen Streik“ ohne die Gewerkschaften (siehe „SPD tötet Rheinhausen“, *Spartakist* Nr. 57, Mai/Juni 1988), wogegen die Stahlarbeiter in ganz Westdeutschland für die Ausweitung des Kampfes auf die Stahlindustrie gekämpft haben.

Die MLPD ist ein Überbleibsel der rabiat antisowjetischen maoistischen Bewegung der 70er Jahre, die die NATO in ihrem antisowjetischen Kriegskurs unterstützte. Der überwiegende Teil landete später bei den nationalistischen Grünen, oder sie wurden „alternative“ Hetzer der *taz*, während die MLPD mit ihrer ökonomistischen Handwerkerlei im Ruhrgebiet überwintert hat. Jetzt biedern sich diese Mao-Sozialdemokraten als Wahlbündnispartner der PDS an, die für sie durch Gysis/Modrows Ausverkauf der DDR an die Imperialisten „gesellschaftsfähig“ wurde.

So trommelte die MLPD auch beim Streik: „Die Wiedervereinigung war im Interesse der Arbeiterklasse“ (*Tarifkampf aktuell* 4). In dem Augenblick, wo die Arbeiter gerade gegen die Folgen der Wiedervereinigung streikten und für einen Kampf gegen das gesamte kapitalistische System gewonnen werden konnten, agitierte die MLPD als Echo der SPD vor den Fabrikatoren für die Konterrevolution.

Nur die Trotzlisten der SpAD haben ohne Wenn und Aber gegen die kapitalistische Wiedervereinigung gekämpft. Deshalb initiierten die Spartakisten am 3. Januar 1990 die antifaschistische Massenmobilisierung gegen die Schändung des sowjetischen Ehrenmals in Berlin-Treptow, die dann von der SED-PDS unterstützt wurde. Dies hätte zum Fanal einer revolutionären Wiedervereinigung werden können, durch proletarisch-politische Revolution im Osten gegen die stalinistische Bürokratie, die den deformierten Arbeiterstaat unterminierte, und soziale Revolution im Westen.

Heute sind rassistische Pogrome und Nazi-Terror das Ergebnis der Konterrevolution. Die MLPD verherrlicht das staatliche Gewaltmonopol – im Imperialismus, versteht sich –, indem sie vom Nachfolgestaat des Dritten Reichs ein „Verbot aller faschistischen Organisationen“ fordert. Doch Solingen zeigt dramatisch die Auswirkungen der Verbotsappelle an Seiters, mit denen Illusionen in den bürgerlichen Staat geschaffen werden. Vor und besonders nach Solingen führte Seiters Bullenrazzien gegen die linke türkische Organisation Devrimçi Sol durch.

Während die Bonner Politiker von Kohl bis Rau nach den Morden in Solingen über Fernsehen und Radio ihre rassistische Hetze gegen Türken verbreiten, verbunden mit der Drohung der Ausweisung, sagt das ZK der MLPD skandalöserweise in seiner Erklärung vom 1. Juni nichts dazu, sondern warnt vor „türkischen Faschisten“, die „Türken gegen Deutsche aufhetzen“. Als Tausende überwiegend türkische Jugendliche nach dem Brandmord in Solingen auf den Straßen waren, feierte die MLPD mit 18000 (laut *Rote Fahne*) ihr Pfingstfest nur 40 Kilometer entfernt in Essen. Die SpAD dagegen verteilte einen dringenden Aufruf zur Arbeiter/Immigranten-Mobilisierung (siehe Seite 22/24). Beim Metallstreik agitierte die SpAD für Arbeiter/Immigranten-Einheitsfrontaktionen, um die Nazis zu stoppen.

„Spalter“? Diese falschen „MLer“ haben nichts gemein mit Lenin, der von allen Parteien, die der Kommunistischen Internationale beitreten wollten, verlangte, „den vollen Bruch mit dem Reformismus und mit der Politik des ‚Zentrums‘ anzuerkennen“. Reformismus des zweiten/dritten Aufgusses, garniert mit Mao-Tse-tung-Ideen – von NATO-Stalinismus bis Steinkühler-Arschkriecherei – dient immer der Sache der Bourgeoisie. Während die MLPD für Positionen in den Betriebsräten und für „saubere Arbeitervorstandsmitglieder“ in den Aufsichtsräten kandidieren möchte, kämpfen wir Spartakisten für den Aufbau einer revolutionären Partei, die zur Arbeiterrevolution führen wird. ■

# Ernest Mandel nimmt die Herausforderung einer Debatte an

*Nachstehend drucken wir einen Briefwechsel zwischen dem Führer des Vereinigten Sekretariats, Ernest Mandel, und der Internationalen Kommunistischen Liga ab. Der Brief der IKL vom 24. Februar, auf den sich Mandel bezieht, wurde im Spartakist Nr. 102 (April 1993) veröffentlicht.*

Brüssel, 29. April 1993

Internationale Kommunistische Liga, New York, N.Y., USA  
Genossen,

dies ist die Antwort auf Euren Brief vom 24. Februar 1993.

1. Ihr habt mehrmals von unserem Publikum zu profitieren versucht – Publikum, das unseretwegen gekommen war –, um ausführlich Eure politische Position darzustellen.

Wir haben Euch herausgefordert, uns das Gleiche vor Eurem eigenem Publikum tun zu lassen.

Eine solche Veranstaltung in Berlin, London oder Paris abzuhalten ist keine Antwort auf diese Herausforderung. In diesen Städten habt Ihr kein eigenes Publikum. Selbst wenn Ihr es wäret, die formal zu der Veranstaltung aufrufen, wären die Besucher beinahe ausschließlich unser Publikum, nicht Eures.

Das einzige Land, wo Ihr möglicherweise Euer eigenes Publikum habt (wenigstens bis die Ereignisse das Gegenteil zeigen), sind die USA. Also wäre die einzig positive Antwort auf Eure Herausforderung, daß Ihr akzeptiert, die Veranstaltung in New York abzuhalten. Wir wollen Euch keine finanzielle Belastung auferlegen, also schlagen wir vor, die Debatte während meines nächsten Besuchs in New York durchzuführen.

2. Wir stimmen nicht damit überein, das Thema der Debatte auf die „russische Frage“ zu begrenzen. Dies hieße bereits an der eigentlichen Frage vorbeizugehen. Wir schlagen als Thema vor: „Der Aufbau der Vierten Internationale heute“ oder „Die Dynamik der Weltrevolution heute“. Diese beiden Themen sind für uns identisch. Die sogenannte „russische Frage“ sollte sicherlich in diesem Zusammenhang behandelt werden.

3. Was die technische Seite der Veranstaltung angeht, so schlagen wir vor:

(a) Dreißig Minuten Bericht für jede Seite.

(b) Fünfzehn Minuten Zusammenfassung für jede Seite.

(c) Neunzig Minuten für Beiträge aus dem Publikum, das heißt maximal zwanzig Personen mit einer Redezeit von jeweils vier Minuten.

(d) Berichte und Zusammenfassungen nach dem Muster A-B, B-A. Ich würde es vorziehen, A zu sein (zuerst zu sprechen), aber wenn Ihr starke Einwände habt, können wir das Los entscheiden lassen.

(e) Zwei gemeinsame Vorsitzende, die garantieren, daß die Beiträge aus dem Publikum zwischen beiden Seiten (und dritten Parteien, wenn sie darum bitten) gerecht verteilt werden.

(f) Das Recht jeder Partei, die Veranstaltung auf Band aufzunehmen und es abzudrucken, wenn sie dies für nützlich hält, aber ohne einseitig Änderungen an dem, was auf der Veranstaltung tatsächlich gesagt wurde, vorzunehmen.

Dies ist keine endgültige Position, und wir sind durchaus bereit, mögliche Gegenvorschläge von Euch zu prüfen. Doch wir müssen Euch sagen, daß es unwahrscheinlich ist, daß wir zu (1) und (2) unsere Position ändern.

Mit revolutionären Grüßen  
Ernest Mandel

New York, 17. Mai 1993

Ernest Mandel, Brüssel, Belgien

Werter Genosse Mandel,

wir haben vor kurzem Deinen Brief vom 29. April 1993 erhalten.

Wir nehmen Deinen Vorschlag an, bei Deinem nächsten Besuch in den Vereinigten Staaten eine Debatte zu führen. Es ist keine Frage, daß Du bei einer Veranstaltung in New York, Chicago oder der Bay Area von San Francisco auf ein beträchtliches Publikum unserer Unterstützer treffen wirst. In diesem Zusammenhang überlassen wir Dir die Wahl des Ortes.

Was das Thema angeht, so würden wir den Titel vorschlagen: „Der Kampf für die sozialistische Weltrevolution heute“. Unsererseits wird die russische Frage notwendigerweise unter einem solchen Titel behandelt werden – genauso wie die Wiederschmiedung einer authentisch trotzkistischen, demokratisch zentralistischen Vierten Internationale, was historische Fragen aufwirft, die mindestens bis zum Dritten Weltkongreß der Vierten Internationale zurückgehen.

Der allgemeine technische Rahmen, den Du vorschlägst, ist für uns akzeptabel. Wir würden es vorziehen, über die Reihenfolge der Präsentationen (und die daraus folgende umgekehrte Reihenfolge der Zusammenfassungen) eine Münze entscheiden zu lassen. Wir würden einen Punkt hinzufügen: daß die 90 Minuten, die für Beiträge aus dem Publikum reserviert sind, in aufeinanderfolgende Runden aufgeteilt werden, wobei auf einen Redebeitrag zur Unterstützung des ersten Redners ein Beitrag eines Unterstützers keiner der beiden Tendenzen folgt und dann ein Beitrag eines Unterstützers des zweiten Referenten.

Es wäre hilfreich, wenn Du uns frühzeitig über Deinen nächsten geplanten Besuch in den USA Bescheid geben könntest, was bei der Organisation, Vorbereitung und öffentlichen Ankündigung der Debatte helfen würde.

Wir faxen diesen Brief an Dich und werden Dir auch das Original mit der Post schicken.

Mit solidarischen Grüßen

Alastair Green

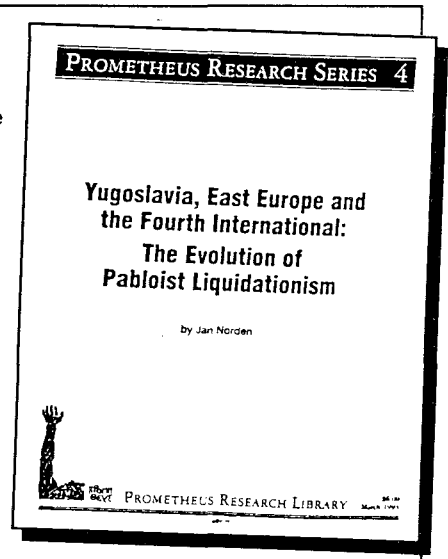
für die Internationale Kommunistische Liga  
(Vierte Internationalisten)

## NEU!

Jugoslawien, Osteuropa und die Vierte Internationale: Die Entwicklung des pabloistischen Liquidatorentums (in englischer Sprache)

DM 10,- (70 Seiten)

SpAD  
Postfach 51 06 55  
1000 Berlin 51  
(ab 1. Juli: 13366 Berlin)  
Postgiro Frankfurt/Main  
Konto 11988-601  
BLZ 500 100 60



# Frauen und Revolution

Veröffentlicht in Zusammenarbeit zwischen Spartakist und Women and Revolution (USA)



## Von Ostberlin bis Taschkent: Kapitalistische Konterrevolution trampelt auf den Frauen herum

Als Teil unserer Perspektive, die Massen der proletarischen Frauen für die revolutionäre Avantgardepartei und für den Kampf um den Sozialismus zu gewinnen, stehen wir in der Tradition von Lenins Dritter Internationale, die eine Frauensektion gründete und die sowohl eine internationale Frauenzeitschrift als auch mehrere im nationalen Rahmen herausgab. Heute dient Women and Revolution, Organ der Kommission des Zentralkomitees der Spartacist League/U.S. für Arbeit unter Frauen, auch als eine Zeitschrift der ganzen Internationalen Kommunistischen Liga, indem sie Artikel aus allen nationalen Sektionen veröffentlicht. Angesichts der, wenn auch bescheidenen, Ausdehnung unserer Frauenzeitschrift und der politischen Bedeutung des Kampfes für die Befreiung der Frauen beginnen wir hiermit, von Zeit zu Zeit ausgewählte Artikel im Spartakist unter dem Kopf Frauen und Revolution zu veröffentlichen.

### Teil eins von zwei

Nichts zeigt den reaktionären Charakter der kapitalistischen Konterrevolutionen, die über Osteuropa und die ehemalige Sowjetunion hinweggefegt sind, deutlicher als die Erniedrigung der Frauen. Die rechtsgerichteten Nationalisten, die jetzt an der Macht sind, glauben, daß Frauen am Arbeitsplatz eine kommunistische Verschwörung sind zur



Paul O'Driscoll

Ostdeutschland, 1991: Arbeiterinnen, die Züge reinigen, denken über ihre Zukunft nach. Die kapitalistische Wiedervereinigung bedeutet Arbeitslosigkeit und den Abbau von Sozialprogrammen wie kostenlose Kinderbetreuung

Unterminierung der traditionellen Familie und daß ihr rechtmäßiger Platz zu Hause ist zum Kinderkriegen.

Die Verschlechterung der Position der Frauen, die die „Neue Weltordnung“ in Osteuropa mit sich gebracht hat, ist so drastisch, daß sie sogar von normalen westlichen bürgerlichen Zeitungen zur Kenntnis genommen wird. Es ist klar, schreibt der liberale Hamburger *Spiegel*, daß das Importieren des Kapitalismus in das ehemalige Ostdeutschland Frauen härter trifft als Männer. „Polen: Kein Platz für Frauen“, ist die abfällige Bemerkung des zynischen Tory-nahen Londoner *Economist*. „Drei Jahre nach dem Triumph der Solidarność-Bewegung“, berichtet die *New York Times*, „helfen sich Polen wieder gegenseitig dabei, die Behörden zu umgehen... Jetzt ist das Ziel, neue Einschränkungen bei der Abtreibung zu unterlaufen, die vom Ärzteverband und vom Gesundheitsministerium verhängt worden sind.“ Diese Sprachrohre für die Wall Street, die Londoner City und Frankfurt/Main haben natürlich den Anschluß der Deutschen Demokratischen Republik durch den westdeutschen Imperialismus massiv unterstützt und sich lauthals für die klerikal-nationalistische Solidarność in Polen eingesetzt.

Das gleiche gilt für westliche Feministen und Pseudolinke, die den Anspruch erheben, standfeste Vertreter der Frauenbefreiung zu sein. Die amerikanische radikal-liberale Zeitschrift *The Progressive* (Februar 1991) brachte einen Artikel der feministischen Journalistin Peggy Simpson unter der Überschrift „Keine Befreiung für die Frauen – Osteuropa dreht die Uhr zurück“. Dennoch sehen dieser und viele ähnliche Artikel der westlichen feministischen Presse keinen Zusammenhang zwischen dem Zurückdrehen der Uhr für Frauen und der kapitalistischen Konterrevolution. Statt die neuen antikommunistischen Regime wegen der Frauenunterdrückung anzugreifen, wirft Simpson den ehemaligen stalinistischen Bürokratien vor, sie hätten den Feminismus à la USA unterdrückt:

„Osteuropäische Frauen, egal ob in hohen Regierungspositionen oder als Fabrikarbeiterinnen, wissen nichts über die Aufteilung der Belastung im Westen. Sie haben die ganze Bewußtseinsbildung der politischen Frauenbewegung verpaßt.“

Als ob „Bewußtseinsbildung“ eine Lösung ist für die Massenarbeitslosigkeit, die Abschaffung der Kinderbetreuung und das Verbot der Abtreibung! Dieser alberne Artikel, der so typisch ist für das Denken westlicher Feministen, gibt den Frauen, die das Opfer der kapitalistischen Konterrevolution in Osteuropa sind, selbst die Schuld. Ein paralleles Argument machen westliche bürgerliche Ökonomen, die die Massenarbeitslosigkeit in Osteuropas neuen „Freien Markt“ wirtschaften damit erklären, daß die Arbeiter unter den Bedingungen von garantierter Arbeitsplatzsicherheit faul und unproduktiv geworden seien.

Die linkssozialdemokratische Zeitschrift *Against the Current* [Gegen den Strom] – die jahrelang die Sowjet-

Die Internationale  
Kommunistische  
Liga führte 1989  
eine Kampagne zur  
Verteidigung  
der belagerten  
afghanischen Stadt  
Jalalabad gegen  
die Mudschaheddin-  
Mörderbanden  
der CIA



Workers Vanguard

union in den schärfsten Tönen als eine ausbeuterische Klassengesellschaft und als einen imperialistischen Staat anprangerte – hat nun entdeckt, daß es den Frauen unter der geplanten kollektivierten Wirtschaft der UdSSR besser ging. Die Ausgabe vom Juli/August 1992 druckte einen Artikel der Moskauer Soziologin Anastasia Posadskaja nach, der darauf hinweist: „Wenn auch die Verschlechterung der Lage der Frauen [in Rußland] von ein paar feministisch orientierten Forschern vorhergesehen wurde, so scheint doch ihr tatsächliches Ausmaß während des beginnenden Prozesses der Einführung des Marktes ohne Beispiel zu sein.“

Diese Pseudolinken – die für eine sozialistische Bewegung eintreten, die unter anderem „feministisch“ sein soll – unterstützten genau die Kräfte, die die bisher beispiellose Verschlechterung der Lage der Frauen in der ehemaligen Sowjetunion und in ganz Osteuropa herbeigeführt haben. *Against the Current* setzte sich gemeinsam mit dem Weißen Haus von Reagan und Bush (und mit Papst Johannes Paul Wojtyla und Ajatollah Chomeini) für Solidarność in Polen ein und für die islamischen Mudschaheddin, die gegen die sowjetische Armee in Afghanistan kämpften. Im Namen von „Demokratie“ und Antisowjetismus unterstützten sie die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands und Boris Jelzins Machtergreifung im August 1991 in Moskau.

### Afghanistan, Polen und der zweite Kalte Krieg

Der wesentliche Grund für die kapitalistische Konterrevolution ist die Gesamtwirkung des militärischen, wirtschaftlichen und politischen Einwirkens des Weltimperialismus auf die bürokratisch beherrschten Arbeiterstaaten des Sowjetblocks. Dieser Druck wurde erheblich verstärkt, als Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre Jimmy Carter und Ronald Reagan den zweiten Kalten Krieg starteten. Die ersten größeren Schlachtfelder waren Afghanistan und Polen, wo in beiden Fällen die antikommunistische Offensive direkt verbunden war mit der Unterdrückung der Frauen.

Die moskaufreundlichen, für Modernisierung eintretenden afghanischen Nationalisten, die 1978 in Kabul die Macht ergriffen, wollten Frauen teilweise von ihrer Versklavung in der traditionellen islamischen Gesellschaft befreien, die durch den Tschador, den vom Kopf bis zu den Füßen reichenden Schleier, symbolisiert wird. Sie senkten den Brautpreis auf eine symbolische Summe und öffneten

die Schulen, um jungen Mädchen das Lesen beizubringen. Diese Maßnahmen brachten die Stammesführer und muslimischen Mullahs zur Weißglut, die mit der Unterstützung von Washington, Chomeinis Iran und Zias Pakistan einen „heiligen Krieg“ gegen die „gottlosen Kommunisten“ in Kabul begannen.

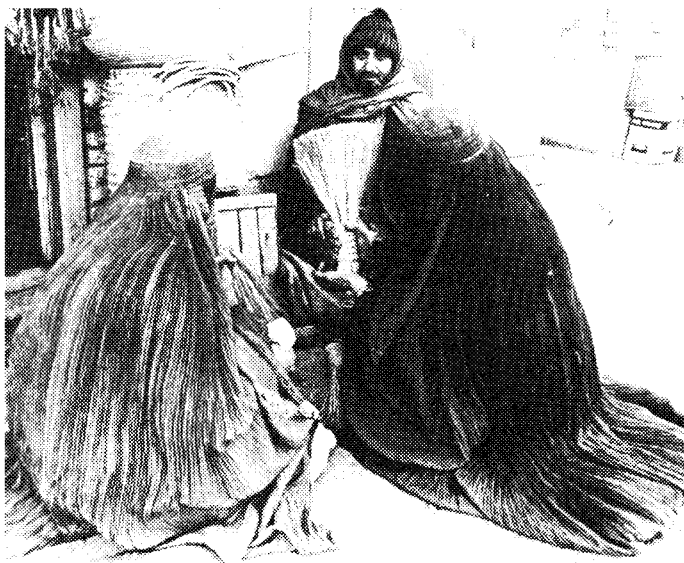
Ende 1979 intervenierte Moskau militärisch, um zu verhindern, daß sein links-nationalistischer Klientenstaat in Afghanistan, der eine lange Grenze zur UdSSR hat, an islamische Reaktionäre fällt, die vom US-Imperialismus bewaffnet und organisiert werden. Die internationale Spartacist Tendenz (jetzt die Internationale Kommunistische Liga) stellte die Losungen auf: Hoch die Rote Armee in Afghanistan! Weitet die sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution auf die afghanischen Völker aus! Im Gegensatz dazu stellte sich praktisch die gesamte Linke international hinter Reagan, Thatcher und Mitterrand, verurteilte den sowjetischen „Expansionismus“ und forderte den Abzug der sowjetischen Streitkräfte.

Die Kreml-Oligarchie versuchte überhaupt nicht, Afghanistan zu annektieren, sondern führte den Krieg nur halbherzig. Breschnjew und seine Nachfolger machten die Aussicht auf einen Abzug aus Afghanistan zum Gegenstand von Verhandlungen mit den NATO-Mächten. Als Teil von Gorbatschows weltweiter Beschwichtigungspolitik gegenüber dem westlichen Imperialismus wurden die sowjetischen Truppen Anfang 1989 einseitig abgezogen. Bald darauf folgte der Zerfall der sowjetischen Macht in Osteuropa, angefangen mit Polen.

Die Stärke der katholischen Kirche machte Polen besonders anfällig für eine im Inneren erzeugte Konterrevolution. Die beispiellose Wahl eines polnischen Papstes – des ehemaligen Erzbischofs von Kraków – 1978 war ein zentraler Teil von Jimmy Carters „Menschenrechtskampagne“ zur Zersetzung des Sowjetblocks. Gleichzeitig war das stalinistische Regime von Eduard Gierek so verzweifelt darauf aus, den sozialen Frieden zu erhalten, daß es bei den westlichen Banken massiv Schulden machte, um das Konsumniveau und die Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten.

So wurde der Boden bereitet für den Aufstieg von Solidarność. Als das Gierek-Regime im Sommer 1980 unter dem Druck von Wall Street und Frankfurt ein gemäßigtes Austeritätsprogramm ankündigte, traten polnische Arbeiter

Fortgesetzt auf Seite 14



AP

Afghanische Mudschaheddin, die Frauen unter dem Schleier in Versklavung halten (links), mit einem ihrer Schirmherren, Jürgen Todenhöfer (CDU), bei einer Sitzung der „Exilregierung“ 1989 bei Urglun (rechts)



dpa

## Frauen...

Fortsetzung von Seite 13

unter dem Symbol von Adler und Kreuz in Aktion. Das traditionell säkulare und sozialistische polnische Proletariat erwartete jetzt vom Vatikan und vom amerikanischen Weißen Haus die Rettung. Als im Herbst 1981 Walesa & Co. darangingen, im Interesse des westlichen Imperialismus nach der politischen Macht zu greifen, erhoben wir die Forderung: Stoppt die Konterrevolution von Solidarność!

General Jaruzelskis scharfes Durchgreifen im Dezember 1981, mit starker Unterstützung von Breschnjew, verhinderte damals eine Konterrevolution in Polen. Das Weiße Haus unter Reagan und Bush (mit besonderer Hilfe des AFL-CIO und der deutschen sozialdemokratischen Gewerkschaften) hielt dann Solidarność im Untergrund mit massiven geheimen Geldspritzen am Leben, während Liberale, Radikale und Linke diese „freie Gewerkschaft“ für CIA und westliche Banker in den höchsten Tönen bejubelten. Genau die gleichen radikalen Feministen und selbsternannten Sozialisten, die in den USA und Westdeutschland auf die



TASS von Sowfoto

Kabul 1979: Afghanische Frauen ehren Noor Mohammed Taraki, einen aufgeklärten prosowjetischen Intellektuellen, der versuchte, das rückständige, patriarchalische zentralasiatische Land zu modernisieren

Straße gingen, um gegen den Widerstand der katholischen Hierarchie gegen Abtreibung zu protestieren, riefen auch zur „Solidarität mit Solidarność“ auf, das heißt zu einer päpstlichen Diktatur in Polen.

Heute ist es der ganzen Welt klar, daß die klerikal-nationalistischen Führer von Solidarność Feinde der demokratischen Rechte der Frauen sind. Vor kurzem veröffentlichte eine Gruppe polnischer Aktivistinnen einen Protest: „Die polnische Demokratie ist eine maskuline Demokratie“ (*Women's Studies International Forum* [Internationales Forum für Frauenstudien], Bd. 15, Nr. 1, 1992). Als Marxisten verstanden wir den wahren Charakter der Solidarność-Bande lange, bevor sie die Macht ergriff. Unmittelbar nach dem Durchgreifen von Jaruzelski schrieben wir in einem Artikel unter der Überschrift „Solidarność: Eine Männerwelt“:

„Walesa trägt gern einen Madonnen-Anstecker am Revers zur Schau, symbolisch für die engen Beziehungen von Solidarność zur katholischen Kirche. Die historische Rolle dieser Institution ist es, die Frauen an den Familienherd zu ketten, ist die aggressive Kampagne des polnischen Papstes Wojtyla gegen Abtreibung, ist das massive Eintreten von Solidarność für die Familie – können diese Kräfte die Befreier der polnischen Frauen sein? Niemals!“ (*Women and Revolution* Nr. 24, Frühjahr 1982)

Daß der Griff von Solidarność nach der Macht 1981 vereitelt wurde, konnte Polens Anfälligkeit gegenüber einer Konterrevolution durch klerikal-nationalistische Kräfte nicht ausschalten. Um den Würgegriff der westlichen Banker auf die polnische Wirtschaft zu brechen, war es notwendig, die Schulden zu annullieren. Damit die Zurückweisung der Schulden durch Polen wirksam ist, wäre eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit des gesamten Sowjetblocks nötig gewesen sowie Appelle an die Arbeiterklasse im Westen, um auf die unvermeidliche kapitalistische Vergeltung zu antworten. Von Natur aus unfähig zu solch einem internationalistischen Programm, trieb die Warschauer stalinistische Bürokratie die polnische Wirtschaft tiefer in die Depression, um die Forderungen der Kredithaie von Wall Street und Frankfurt erfüllen zu können. 1988/89 provozierte ein weiteres Austeritätsprogramm eine neue Welle von Arbeiterunruhen. Ohne irgendeine Unterstützung in der polnischen Gesellschaft, demoralisiert und in einer Sackgasse, trat das Jaruzelski-Regime, mit Gorbatschows Zustimmung, im Sommer 1989 die Macht an Walesa & Co. ab. Innerhalb eines Jahres überschwemmte die kapitalistische

**Berlin, 20. Juni 1992:  
Demonstration  
fordert ersatzlose  
Streichung, nicht nur  
Reform von §218/  
219. Nur die Spar-  
takisten sagten:  
„Nein zur kapitalisti-  
schen Wiederver-  
einigung!“ Frauen  
kämpften als erste  
gegen die katastro-  
phalen Folgen des  
Anschlusses; sie  
sind entscheidend  
für den Aufbau einer  
leninistischen Avant-  
gardepartei als  
Volkstribun aller  
Unterdrückten**



Spartakist

Konterrevolution ganz Osteuropa, als die DDR in das imperialistische deutsche Vierte Reich aufgesogen wurde.

### **Gleichheit der Geschlechter und die DDR**

Die Stellung der Frauen in Ostdeutschland war in bedeutender Hinsicht die fortgeschrittenste auf der Welt. Über 90 Prozent der Frauen im berufsfähigen Alter waren Werkstätige, und viele hatten sogar Arbeitsplätze, die im kapitalistischen Westen das Monopol von Männern sind. Gleichzeitig standen arbeitenden Müttern außergewöhnliche Sozialprogramme zur Verfügung, z. B. das „Baby-Jahr“ – ausgedehnter bezahlter Mutterschaftsurlaub. Einige westdeutsche Feministinnen und Sozialdemokraten verwiesen auf die DDR – deren Recht auf Abtreibung auf Wunsch, kostenlose Einrichtungen zur Kinderbetreuung, großzügige Freistellungen, um kranke Kinder zu versorgen –, um ähnliche Maßnahmen in ihrem eigenen weit reicheren kapitalistischen Staat durchzusetzen.

Neben den wirtschaftlichen und sozialen Leistungen für Frauen in der DDR war das gesellschaftliche Klima viel stärker auf die Gleichstellung von Mann und Frau ausgerichtet als anderswo. 1991, mehrere Monate nach der deutschen Wiedervereinigung, führte das Times Mirror Center of Washington in 13 europäischen Staaten, im Osten wie im Westen, eine breit angelegte Meinungsumfrage durch. Nur 18 Prozent der befragten Ostdeutschen sprachen sich für eine Ehe aus, in der die Frau zu Hause bleibt und sich um die Kinder kümmert, verglichen mit 41 Prozent in Westdeutschland, 48 Prozent in Rußland und 56 Prozent in Polen.

Warum war die Unterstützung für die Gleichstellung von Mann und Frau in der DDR so viel stärker als im übrigen stalinistisch regierten Osteuropa? In dieser Region war der Status der Frauen umgekehrt proportional zur Stärke des Nationalismus innerhalb der Bürokratie und in der Gesellschaft insgesamt. Bezeichnenderweise war das einzige Land Osteuropas, in dem Abtreibung verboten war, Ceauşescus Rumänien, jene schreckliche Karikatur von national-stalinistischem Despotismus. Die Waisenhäuser des Landes waren voll von unerwünschten Kindern, deren Familien es sich nicht leisten konnten, sie großzuziehen. Aber dennoch war zwei Jahrzehnte lang der mörderisch-größenwahnsinnige Ceauşescu Washingtons beliebtester stalinistischer Herrscher, gelobt und belohnt für seine „Unabhängigkeit“ von Moskau. George Bush nannte Rumäniens Großen Condu-

cator „einen von Europas guten Kommunisten“.

Für Washington und noch viel mehr für Bonn gehörten Walter Ulbricht und Erich Honecker in der DDR zu Europas schlimmsten Kommunisten, denn sie hielten den Frontstaat der militärischen und politischen Verteidigung des Sowjetblocks in Europa aufrecht. Ostdeutschland stand einem mächtigen imperialistischen Staat gegenüber, der im Namen des deutschen Nationalismus der DDR jegliches Existenzrecht absprach. In erheblich höherem Ausmaß als die anderen stalinistischen Regime in Osteuropa und der UdSSR propagierten Ulbricht und Honecker ihre Legitimität, indem sie den „sozialistischen“ Charakter und die Errungenschaften der DDR betonten, besonders ihre Verpflichtung für die Gleichstellung der Frauen. So wurde zum Beispiel die polnische Jüdin Rosa Luxemburg als Vorfahrin der DDR geehrt.

Die günstigen Bedingungen für Frauen in der DDR waren nicht einfach das Resultat des politisch-ideologischen Wettbewerbs mit dem bürgerlichen Westdeutschland. Sie waren auch Ausdruck des grundlegenden Unterschieds zwischen einer kollektivierten Wirtschaft, selbst einer bürokratisch deformierten, und einer kapitalistischen Wirtschaft. In der bürgerlichen Gesellschaft ist es angesichts der rollenspezifischen Erziehung von Kindesbeinen an im allgemeinen kostspieliger, Frauen für qualifizierte Industriearbeitsplätze auszubilden als Männer. Zudem werden sie wahrscheinlich häufiger die Arbeit aufgeben, um eine Familie zu versorgen. Deshalb hält es eine typische kapitalistische Firma für profitabler, Männer einzustellen, es sei denn, Frauen machen den gleichen Job für erheblich weniger Geld.

Das übergeordnete Ziel einer kollektivierten Wirtschaft ist es, das Gesamtproduktionsvolumen zu maximieren (*nicht* die Profitabilität einer individuellen Firma) und deshalb auch die Beschäftigung sowohl von Männern als auch von Frauen. Dazu kam, daß die DDR seit ihrer Gründung Ende der 40er Jahre an Arbeitskräftemangel litt, denn anders als Sowjetrußland oder Polen hatte sie keine große überzählige Landbevölkerung. Der Arbeitskräftemangel wurde in den 50er Jahren noch massiv verschärft durch massenhafte Auswanderung, besonders von männlichen Facharbeitern, ins wohlhabendere Westdeutschland. Der Bau der Berliner Mauer 1961 war eine bürokratische Verteidigungsmaßnahme, um dieses Ausbluten, die Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte, zu stoppen.

Die DDR hatte also ein vitales wirtschaftliches Interesse,  
*Fortgesetzt auf Seite 16*

## Frauen...

Fortsetzung von Seite 15

die Zahl der Frauen, die am gesellschaftlichen Arbeitsprozeß teilnahmen, und ihre individuellen Fähigkeiten zu maximieren. Mitte der 70er Jahre waren zum Beispiel 75 Prozent der Auszubildenden für Facharbeiterberufe in der Chemieindustrie Frauen, verglichen mit 20 Prozent in Westdeutschland. 35 Prozent der Fleischerlehrlinge waren Frauen, während dies westlich der Elbe ein reiner Männerberuf war.

Auf einem wesentlichen Gebiet jedoch war die Regierungspolitik der DDR gegenüber Frauen viele Jahre reaktionärer als in anderen bedeutenden Ländern des Sowjetblocks. Ein Gesetz von 1950 erlaubte die Abtreibung nur aus medizinischen, ethischen (z. B. Vergewaltigung) oder sozialen Gründen, zum Beispiel bei großen Familien, die sich kein weiteres Kind leisten konnten. In der Sowjetunion, Polen und anderen osteuropäischen Ländern wurde die Abtreibung auf Wunsch Mitte der 50er Jahre, während der politischen Liberalisierung und des Aufbruchs nach Stalins Tod, legalisiert. Das Regime Walter Ulbrichts, eines Stalinisten alter Schule, war jedoch weiterhin gegen Abtreibung, weil dies den „sozialistischen Staat“ seiner zukünftigen Bürger beraube.

Ulbricht wurde 1971 gestürzt, weil er sich Breschnjews Schritten in Richtung Entspannungspolitik mit Washington und Bonn widersetzte. Er wurde von seiner langjährigen Nummer Zwei, Erich Honecker, ersetzt, der eine relative politische Liberalisierung einführte. Mit typisch stalinistischer Heuchelei wurde die neue Linie als Ausdruck grundlegender demokratischer Prinzipien präsentiert (was in diesem Fall stimmte): Die Gleichheit der Frauen ... erforderte es, daß eine Frau das Recht hat, selbst über die Schwangerschaft zu entscheiden und darüber, ob sie das Kind austragen und gebären will oder nicht.

Aber die DDR war weit davon entfernt, eine volle Gleichstellung von Mann und Frau erreicht zu haben, selbst auf einer grundlegenden ökonomischen Ebene. 1988 betrug das durchschnittliche monatliche Nettoeinkommen für ganztags arbeitende Frauen 76 Prozent des Einkommens ihrer männlichen Kollegen (immer noch besser als die 66 Prozent, die Frauen in Westdeutschland verdienen). Noch grundsätzlicher, Frauen in der DDR und im ganzen Sowjetblock beschwerten sich bitter über ihre „Doppelbelastung“ oder „zweite Schicht“. Ihre Ehemänner erwarteten, daß sie nach der Arbeit auch noch die Hausarbeit machen und sich um die Kinder kümmern. Die Belastung wurde verschärft

durch den Wohnraummangel und den Mangel an vielen Konsumgütern, der zu langen Einkaufsschlangen führte.

In Ostdeutschland war die Belastung der Frauen vielleicht nicht ganz doppelt so hoch, denn manche Männer glaubten, daß sozialistische Gleichheitsprinzipien auch im Familienleben Anwendung finden müssen. In dem in mancher Hinsicht offeneren intellektuellen Klima Ende der 80er Jahre brachte Irene Dölling von der Ostberliner Humboldt-Universität eine liberale stalinistische/feministische Kritik des Familienlebens in der DDR vor: „Frauen verrichten weiterhin zwei Drittel bis drei Viertel der Hausarbeit, und sie sind verantwortlich für den größeren Anteil an Kinder-versorgung und -erziehung. Man kann bei der Aufteilung der Pflichten innerhalb der Familie wirklich eine Veränderung erkennen... Aber das ist noch nicht zur vorherrschenden Tendenz geworden“ (zitiert in: Marilyn Rueschmeyer und Christiane Lemke, *The Quality of Life in the German Democratic Republic* [Lebensqualität in der Deutschen Demokratischen Republik], 1989). Genau diese Situation würde ein Marxist erwarten, solange die Familie die grundlegende Institution für die Sozialisation der Kinder bleibt. Erst wenn die Familie schrittweise ersetzt wird durch kollektive Formen der Kindererziehung, werden die uralte Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau und die unvermeidlich daraus resultierenden psychologischen Auswirkungen überwunden. Aber dazu werden Generationen einer weltweiten sozialistischen Gesellschaft notwendig sein, die ökonomisch unermesslich produktiver ist als selbst die fortgeschrittensten kapitalistischen Länder heutzutage.

Es war eine liberale stalinistische Utopie zu glauben, daß die vollständige Gleichstellung von Mann und Frau erreicht werden könnte im Frontstaat des Kalten Krieges, der vom Weltimperialismus unerbittlich bedrängt wurde. 1989 brach dieser Druck schließlich die sowjetische bürokratische Kaste auseinander, und die DDR stand vor einer schicksalhaften historischen Alternative: Entweder mußte die Arbeiterklasse die politische Macht ergreifen mit der Perspektive eines vereinigten sozialistischen Deutschlands oder die DDR würde in ein imperialistisches Viertes Reich absorbiert werden, mit verheerenden Konsequenzen für die Arbeiterklasse, besonders die Frauen.

### Die Erniedrigung der ostdeutschen Frauen im Vierten Reich

In diesem kritischen Augenblick der Gegenwartsgeschichte mobilisierte die Internationale Kommunistische Liga ihre gesamten Kräfte, um in die politische Schlacht um

#### KONTAKTADRESSEN

<b>Berlin</b>	SpAD, Postfach 51 06 55, 1000 Berlin 51 (ab 1. Juli: 13366 Berlin) Telefon: (0 30) 4 92 78 66
<b>Duisburg</b>	T. Endruweit, Postlagernd, 4100 Duisburg 1 (ab 1. Juli: 47051 Duisburg)
<b>Halle</b>	SpAD, PSF 855, Halle 4002 (ab 1. Juli: Postfach 201131 06012 Halle) Telefon: (0345) 29055
<b>Hamburg</b>	SpAD, c/o Verlag Avantgarde Postfach 110231, 2000 Hamburg 11 (ab 1. Juli: 20402 Hamburg) Telefon: (040) 323644

#### SPARTAKIST-TREFFPUNKT

<b>Berlin</b>	Donnerstag von 18.00 bis 20.00 Uhr Linkstreiff, Weddingstraße 6 1000 Berlin 65 (ab 1. Juli: 13357 Berlin) (U-Bahn Nauener Platz)
---------------	---

## SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

### Abonniert die Zeitung der SpAD!

- Volles Abo (10 Ausgaben): DM 5,—
- Auslandsabo: DM 15,—; Übersee Luftpost: DM 20,—
- Einführungsabo (5 Ausgaben): DM 3,—  
alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

Sp 104

### Bestellt bei:

Postfach 51 06 55, 1000 Berlin 51  
(ab 1. Juli: 13366 Berlin)

Konto 11988-601  
Postgiro Frankfurt/Main  
BLZ 500 100 60



**Ostberlin, Januar 1990 – Spartakisten initiierten Protest von 250 000 gegen die faschistische Schändung des Treptower Ehrenmals für die Befreiung von der Nazi-Pest durch die Rote Armee. Die IKL mobilisierte gegen den Anschluß der DDR und seine verheerenden Auswirkungen**



Spartakist

Ostdeutschland zu intervenieren. Unsere Agitation und Propaganda für eine Regierung, die sich auf Arbeiterräte stützt, als Sprungbrett für einen vereinten deutschen proletarischen Staat innerhalb der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa, traf auf wohlwollende Aufmerksamkeit von sozialistischen Arbeitern und Intellektuellen und ebenso bei Soldaten und Offizieren in der ostdeutschen Armee. Das Ergebnis dieser Anstrengungen war die antifaschistische Demonstration von 250 000 Menschen im Ostberliner Treptower Park Anfang Januar 1990, was zum ersten Mal die Möglichkeit von organisiertem Widerstand der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Wiedervereinigung aufwarf.

Das liberalstalinistische geschäftsführende Regime von Gregor Gysi und Hans Modrow – in Furcht vor einer Bewegung der Basis der Arbeiterklasse nach links und unter enormem Druck des westdeutschen Imperialismus und dessen sozialdemokratischen Helfershelfern – beeilte sich, die Kräfte der Konterrevolution zu beschwichtigen. Ende Januar kündigte Gorbatschow an, daß die Sowjetunion die Auflösung der DDR in ein vereinigtes kapitalistisches Deutschland akzeptieren würde, eine Position, die auch vom DDR-Ministerpräsidenten Modrow übernommen wurde. Diese Ankündigungen schockten und demoralisierten die Arbeiter und Intellektuellen, die eine mit neuem Leben erfüllte sozialistische Gesellschaft anstrebten und erwarteten.

Zur gleichen Zeit wurde die ostdeutsche Bevölkerung mit einer Kampagne der Großen Lüge durch die herrschenden westdeutschen Christdemokraten und die oppositionellen Sozialdemokraten bombardiert, daß die Wiedervereinigung sofortigen Wohlstand mit sich bringen würde. Der Bonner Kanzler Helmut Kohl versprach, daß Ostdeutschland innerhalb von fünf Jahren den westlichen Lebensstandard erreichen würde. Das Gefühl, daß der kapitalistische Anschluß unvermeidlich sei, führte, zusammen mit Illusionen in die westdeutsche wirtschaftliche Geberlaune, zu einem entscheidenden Sieg für die Christdemokraten bei den ostdeutschen Wahlen am 18. März, die Totenglocke für die DDR.

Kurz danach warnten wir: „Aber ohne Klassenkampf gegen die Privatisierung der Produktion und die Abschaffung der Sozialleistungen werden sie [die Frauen] aus der Produktion verdrängt werden, wenn Arbeitslosigkeit und Streichung von Sozialleistungen um sich greifen bei der Jagd nach kapitalistischem Profit“ („Kapitalistisches Vaterland gegen Frauenrechte“, *Spartakist* Nr. 69, 24. April

1990). Ein Jahr nach der Währungsunion vom Juli 1990, die die Auflösung der kollektivierten Wirtschaft der DDR in einen ausgeweiteten deutschen kapitalistischen Staat kennzeichnete, waren beinahe fünf Millionen Arbeiter von einst 9,5 Millionen Beschäftigten entweder direkt arbeitslos oder auf „Kurzarbeit“ oder vom Arbeitsmarkt verdrängt. Am härtesten traf es alleinerziehende Mütter und ältere Frauen.

Heute sind *zwei Drittel* der offiziell als arbeitslos registrierten Frauen. Teilzeitarbeitsplätze, wo hauptsächlich Frauen arbeiteten, waren unter den ersten, die im Rahmen von „Kostensenkungs“-kampagnen von der Treuhand abgeschafft wurden. Männer, die aus den Fabriken geworfen wurden, begannen um Arbeitsplätze zu konkurrieren, die bis dahin hauptsächlich von Frauen besetzt waren, z. B. als Bankangestellte, Postboten und im öffentlichen Nahverkehr. Während Betriebsleiter in der DDR zugunsten von Frauen diskriminiert hatten, besonders bei der Qualifizierung, sind Frauen jetzt die Opfer von unverhülltem männlichen Chauvinismus.

Für ostdeutsche Frauen war es selbstverständlich geworden  
*Fortgesetzt auf Seite 18*



Bolesch/Fotoarchiv

**Nazi-Skinhead-Provokation 1991 in Halle. Der kapitalistische Anschluß entfachte steigenden faschistischen Terror gegen Immigranten**

## Frauen...

Fortsetzung von Seite 17

den, ein beträchtliches Maß an wirtschaftlicher und sozialer Unabhängigkeit zu haben, und *das* ist es, was die bürgerlichen Herrscher des Vierten Reichs nicht ertragen können. Deshalb ging die Zerschlagung der industriellen Basis der DDR einher mit der Zerschlagung der Maßnahmen, die es Frauen ermöglicht hatten, am Produktionsprozeß teilzunehmen und gleichzeitig Kinder aufzuziehen. Bei weitem der wichtigste Schritt, um die Frauen aus Beschäftigungsverhältnissen in die Haushalte zu treiben, war die Abschaffung der praktisch kostenlosen Kinderbetreuung. Reihenweise verschwanden die Kinderkrippen, als die Treuhand die Betriebe dichtmachte, die sie früher getragen hatten, und weitere wurden geschlossen, als die Betriebe an westdeutsche Kapitalisten verkauft wurden. Frauen, die ihren Arbeitsplatz verlieren und denen es nicht gelingt, ihre Kinder in Kindertagesstätten unterzubringen, haben *keinen* Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung, denn sie werden von ihren neuen kapitalistischen Herren als nicht arbeitsfähig eingeschätzt.

Den ostdeutschen Frauen hat man auch die Verhütungsmöglichkeiten weggenommen. Das gesamte ostdeutsche Gesundheitssystem, das auf Polikliniken basierte, ist dem Erdboden gleichgemacht worden. Die Pille (die in der DDR kostenlos war) ist für die meisten unerschwinglich geworden; die Sterilisation wird schnell zur einzigen verbleibenden Verhütungsmethode, die (noch) kostenlos ist.

Die Abtreibung ist die letzte bedeutende Errungenschaft, die den ostdeutschen Frauen noch von der DDR übriggeblieben ist. Das westdeutsche Abtreibungsrecht basierte auf dem berüchtigten Paragraphen 218, der noch auf das Strafbuch von Bismarcks Reich zurückgeht. Frauen waren bei Abtreibungen von Strafverfolgung bedroht, wenn nicht ein Arzt eine medizinische, psychologische oder soziale Indikation feststellte. In einer modernen Version der Inquisition wurde 1988 in Bayern ein Frauenarzt wegen Verstoßes gegen die Paragraphen 218/219 vor Gericht gestellt und verurteilt. Die westdeutsche Arbeiterklasse ist seit langem gegen gesetzliche Einschränkungen von Abtreibungen eingestellt. Massenmobilisierungen gegen den Paragraphen 218, z. B. Mitte der 70er Jahre, wurden von den sozialdemokratischen Spitzen sabotiert.

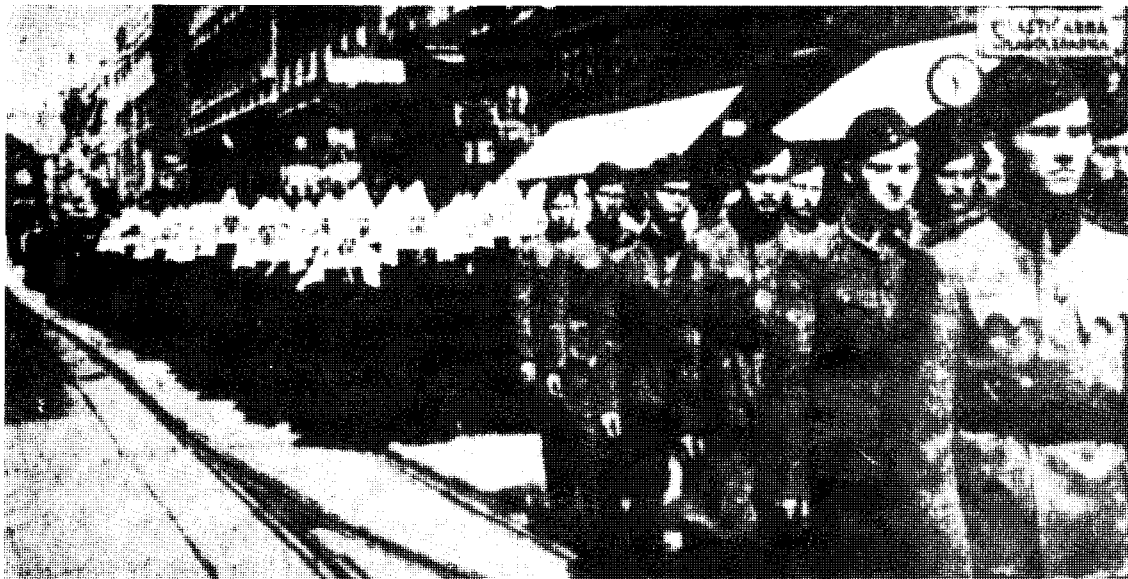
Der Widerstand gegen die Kriminalisierung der Abtreibung war in Ostdeutschland so stark, daß die Christdemokraten gezwungen waren, eine Auseinandersetzung in dieser Frage zum Zeitpunkt des Anschlusses zu verschieben. Statt

dessen existierten die beiden grundlegend unvereinbaren Abtreibungsgesetze in den östlichen und westlichen Ländern noch zwei Jahre weiter, ehe sie von einem neuen einheitlichen Gesetz abgelöst wurden.

Nach erbitterten Debatten und einer Ost-West-Spaltung bei den Christdemokraten wurde im Juni 1992 im Bundestag ein Gesetzentwurf verabschiedet. Abtreibung nach Zwangs„beratung“ zum „Schutz des ungeborenen Lebens“ würde in den ersten zwölf Wochen der Schwangerschaft nicht illegal sein. Das neue Gesetz wäre für Frauen in der ehemaligen DDR zweifellos eine klare Niederlage; für westdeutsche Frauen würde es möglicherweise eine begrenzte Reform darstellen, da das willkürliche Diktat durch einen Arzt abgeschafft wäre. Rechte christdemokratische Politiker klagten vor dem Bundesverfassungsgericht, und Anfang August setzten die Richter unter Außerkraftsetzung der parlamentarischen Demokratie das Gesetz vorläufig aus (zum BVG-Urteil, das das Abtreibungsrecht weiter verschärfte, siehe Seite 1).

Die anhaltende Empörung über das neue Abtreibungsgesetz ist nur eines von vielen Symptomen der wachsenden sozialen und politischen Spannungen in Deutschland nach dem Anschluß. Insbesondere stellen Arbeiterinnen der ehemaligen DDR ein mächtiges Reservoir des Hasses auf die Herren des Vierten Reichs dar. Ihre Ehemänner, Brüder und Väter leiden ebenfalls unter Massenarbeitslosigkeit oder werden von ihren neuen westdeutschen Bossen mit Verachtung behandelt, wenn sie noch Arbeit haben – wie die eingeborene Bevölkerung eines Koloniallandes. Im Frühjahr 1991 gingen wütende Ostdeutsche beiderlei Geschlechts in großer Zahl auf die Straße, um gegen Kohl – den man jetzt den „Lügenkanzler“ nannte – zu protestieren, wobei er in Halle mit Eiern beworfen wurde.

Auch Westdeutschland befindet sich jetzt in einer Rezession, und Unzufriedenheit greift in der Bevölkerung um sich. Die lange Zeit selbstzufriedene sozialdemokratische Arbeiterbewegung sieht sich kapitalistischen Angriffen auf Löhne und Sozialleistungen ausgesetzt, damit sie für das Aufkaufen der DDR auf Pump durch die Deutsche Bank und für die beabsichtigte Errichtung eines deutschen Neokolonialreichs in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion die Zeche bezahlt. Die zwei Millionen türkischen, jugoslawischen und anderen eingewanderten Arbeiter – die schon immer der bürgerlichen deutschen Ordnung entfremdet waren – sehen sich nun mörderischem Neonazi-Terror und der Drohung von Abschiebung gegenüber. Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands hat das Ziel, eine Partei aufzubauen, die alle Werktätigen – von den arbeitslosen



**Katholische Nonnen in Kroatien marschieren hinter der klerikalfaschistischen Ustascha, den Mördern Hunderttausender Serben, Juden, Roma und Sinti während des Zweiten Weltkriegs. Die „christlichen Nationalisten“ von heute sind die Nachfolger der Klerikalfaschisten der 30er und 40er Jahre**

**Unter dem Banner  
der klerikalen  
Reaktion führte  
Lech Walesa die  
konterrevolutionäre  
Solidarność gegen  
das diskreditierte  
polnische stalinisti-  
sche Regime**



Der Spiegel

und ins Elend gestürzten Frauen von Leipzig bis zu den türkischen Stahlarbeitern an der Ruhr – gegen das brutale Vierte Reich vereinen kann.

### **Polen: klerikal-nationalistischer Kreuzzug gegen Frauen**

Patricia Clough vom Londoner *Independent* (14. April 1992) schrieb, daß polnische Frauen „aus der sicheren Welt von garantierten Arbeitsplätzen und scheinbarer Gleichheit um viele Jahrzehnte zurück in eine erschreckende Welt von Diskriminierung, Vorurteilen und Unterdrückung“ geworfen werden. Wie in Ostdeutschland werden sie durch die kombinierten Auswirkungen von wirtschaftlichem Zusammenbruch, der Schließung von Kinderbetreuungseinrichtungen und der Personalpolitik, nur Männer einzustellen, von den Arbeitsplätzen vertrieben.

Dazu kommt, daß die Frauen das Hauptziel einer Kampagne sind, Polen in eine osteuropäische Version von Irland zu verwandeln oder zu einer römisch-katholischen Analogie zum Iran Chomeinis. Marcin Libicki von der Christlich-Nationalen Union – im Augenblick Teil der Regierungskoalition – verkündet: „Wir wollen zurückkehren zum Ethos der Frau als Mutter. Die Natur hat die Frauen geschaffen, um Kinder zu gebären.“ Im Frühjahr 1991 zog Papst Wojtyla lauthals lamentierend durch Polen und verglich den „riesigen Friedhof der ungeborenen Kinder“ mit dem Nazi-Holocaust.

Polen steht heute an vorderster Front eines klerikal-nationalistischen Kreuzzuges in ganz Osteuropa gegen Abtreibung und noch allgemeiner gegen „Hedonismus“ und „Konsumrausch“ des Westens. Angesichts der relativen wirtschaftlichen Rückständigkeit der Region sehen die Nationalisten keinen anderen Weg zu politischer und militärischer Stärke als die Maximierung der Bevölkerung ihres geheiligten Nationalstaats. Für die einander feindselig gegenüberstehenden „christlichen Nationalisten“ Osteuropas reduzieren Abtreibungen die Zahl der potentiellen polnischen oder ungarischen oder rumänischen Soldaten, die in der Lage wären, die Nachbarvölker umzubringen. Deshalb sehen sie die Abtreibung als das höchste Verbrechen an.

Weitverbreitet gibt es die falsche Vorstellung, daß die Position des Vatikans, Abtreibung mit Mord gleichzusetzen, auf einem uralten Dogma der frühen Kirchenväter beruhe. Tatsächlich ist es eine Anpassung der katholischen Hierarchie an *modernen bürgerlichen Nationalismus*. In den

1860er Jahren dachte Napoleon III. von Frankreich – der Prototyp für bonapartistischen Despotismus in einem imperialistischen Staat –, daß eine höhere Geburtenrate wesentlich sei, um Arbeiter und Soldaten für die Expansion des französischen Imperiums zu liefern. Er wandte sich an Rom, und der Papst *revidierte* pflichtschuldigst die traditionelle Kirchendoktrin, daß das Leben mit den ersten fühlbaren Bewegungen des Fetus beginnt, in die heutige Auffassung, daß dies unmittelbar nach der Befruchtung der Fall sei. Dies verwandelte die Abtreibung von einer leichten in eine Todsünde und lieferte die „moralische“ Basis für die Abtreibungsgesetze in Frankreich und dem Rest des katholischen Europas.

Die engen Beziehungen der Solidarność-Führung zum Vatikan waren von Anfang an allseits bekannt, genauso wie Wojtylas aggressive Kampagne, Abtreibung zu kriminalisieren. Trotzdem gab es unter den Solidarność-Anhängern polnische Frauen, die die Rolle ablehnten, die ihnen die Kirche vorschrieb, die an das Recht auf Abtreibung glaubten und ganz allgemein eine Orientierung ähnlich wie westliche kleinbürgerliche Feministinnen hatten. Warum machten diese „befreiten“ polnischen Frauen gemeinsame Sache mit Walesa, Wojtyla & Co.? Malgorzata Tarasiewicz, die ehemalige Vorsitzende der Frauenkommission von Solidarność, die inzwischen zu einer selbsternannten Anarchistin geworden ist, gibt folgende Erklärung:

„Es war die allgemeine Auffassung, daß, sobald wir die kommunistische Herrschaft losgeworden sind, Hilfe und Investitionen aus den westlichen Ländern hereinströmen würden. Es stellte sich heraus, daß das nicht stimmte. Die Mehrheit der westlichen Geschäftsleute, die an Osteuropa interessiert sind, sind nur auf einen schnellen Profit aus.

Sie schaffen Arbeitsplätze, aber zu ihren Bedingungen: keine Gewerkschaften, keine Beschwerden über die Arbeitsbedingungen, Niedriglöhne.“ (*Off Our Backs* [Runter von unserem Rücken], August/September 1991)

Die Illusion, daß eine antikommunistische Regierung in Warschau aus wirtschaftlicher Großzügigkeit von westlichen Bankiers und Industriellen zig Milliarden Dollar und DM bekommen würde, wurde auch von einem großen Teil der Arbeiterklasse geteilt und erklärt in der Tat weitgehend die Unterstützung von Arbeitern für die offen prokapitalistische Solidarność. Statt dessen diktierten westliche Finanziere

*Fortgesetzt auf Seite 20*



Plattform Spartakusowców

**Die Konterrevolution der Solidarność hat starke antiklerikale Stimmungen in Polen hervorgerufen. Warschau 1991: Demonstranten versammeln sich um eine Statue des Wissenschaftlers Kopernikus, um gegen die Wiedereinführung von Zwangs-Religionsunterricht in öffentlichen Schulen zu protestieren**

## Frauen...

Fortsetzung von Seite 19

dem neuen Regime, eine wirtschaftliche „Schockbehandlung“ durchzuführen, was zu Massenarbeitslosigkeit und allgemeiner Verelendung führte. Die polnischen Arbeiter trafen auf den Schock wirtschaftlich und auch politisch, und sie wandten sehr bald gegen die Solidarność-Regierung die gleichen Waffen an – Streiks und Proteste –, die sie gegen die verschiedenen stalinistischen Regime eingesetzt hatten. Seit Anfang 1990 hat es in Polen ein hohes und relativ konstantes Niveau von Arbeitskämpfen gegeben, während Solidarność in gegenseitig bitter verfeindete Parteien zerfallen ist.

Die von den westlichen Bankiers diktierte wirtschaftliche Schockbehandlung wurde von einer Kampagne des Vatikans begleitet, die Abtreibung zu kriminalisieren. Hierüber ist von gemäßigten bürgerlichen, feministischen und linken Zeitungen breit berichtet worden. In beinahe allen Artikeln wird darauf hingewiesen, daß das Recht der Abtreibung auf Wunsch 1956 zugelassen wurde. Aber kaum einer weist darauf hin, warum diese emanzipatorische Maßnahme zu

diesem Zeitpunkt und nicht früher durchgeführt wurde.

Die christlichen Nationalisten und andere behaupten, daß die Legalisierung der Abtreibung dem polnischen Volk gegen seinen Willen von den Kommunisten (d. h. Stalinisten) aufgezwungen worden sei. Genau das *Gegenteil* ist der Fall. In Polen und im ganzen Sowjetblock waren Abtreibungen während der letzten Jahre der Stalin-Ära (1945–53) verboten. Im ersten Jahrzehnt seiner Existenz hielt die Volksrepublik Polen das Anti-Abtreibungsgesetz der faschistoiden Pilsudski-Diktatur der Zwischenkriegszeit *aufrecht*. Nach diesem Gesetz drohte Frauen eine Gefängnisstrafe von drei Jahren und Ärzten und Hebammen eine von fünf Jahren. In der frühen Nachkriegsperiode glaubten die Warschauer Stalinisten, daß eine hohe Geburtenrate wünschenswert sei, um für die Zahl der Arbeitskräfte zu sorgen, die benötigt wurde, um das vom Krieg verwüstete Land wiederaufzubauen.

Stalins Tod und die Nachfolgekrise im Kreml ließen die wacklige bürokratische Ordnung in den „Volksrepubliken“ Osteuropas aus den Fugen geraten; der Anfang war der ostdeutsche Arbeiteraufstand im Juni 1953. In Polen sah sich das von Fraktionskämpfen geschüttelte Regime einer zunehmend rebellischen Stimmung unter den werktätigen Massen und der Intelligenz ausgesetzt, als die Polizeistaatskontrollen zusammenbrachen.

Dies waren die Begleitumstände, unter denen das Gesetz über die Zulässigkeit von Abtreibungen im April 1956 vom angeschlagenen stalinistischen Regime verabschiedet wurde. Es war bei polnischen Frauen ungemein populär, und es erlaubte den Stalinisten zu behaupten, daß sie von nun an ihre versprochene Politik zur Befreiung der Frau auch durchführen würden. Zudem unterminierte es die Autorität der Kirche, die während der Periode des stalinistischen Totalitarismus die einzige tolerierte Institution darstellte, die von der Bürokratie unabhängig war.

Die zögerlichen Liberalisierungsschritte der verachteten Stalinisten alter Schule dämpften in keiner Weise die Unruhe unter der Bevölkerung. Eine beginnende proletarisch-politische Revolution – später „der polnische Oktober“ genannt – konnte im letzten Moment nur dadurch abgelenkt werden, daß Wladislaw Gomulka an die Macht kam, der den Ruf hatte, ein verfolgter „nationalliberaler“ Kommunist und ehrlicher Arbeiterführer zu sein. Gomulka schaffte es, die Bürokratie zu retten, indem er anfänglich allen Teilen der polnischen Gesellschaft weitreichende Konzessionen machte, von den prosozialistischen Arbeiterpartei bis zu den Kleinbauern und der Kirchenhierarchie.

Positiv zu erwähnen ist, daß das Gomulka-Regime das Recht der kostenlosen Abtreibung auf Wunsch einführte, zum Teil, weil es glaubte, daß eine niedrigere Geburtenrate das Wirtschaftswachstum fördern würde, indem sie die Umschichtung von Ressourcen aus der Konsumtion in die Investition erlauben würde. Im ganzen Sowjetblock (bis auf die DDR) kam man nur schwer an wirksame Verhütungsmittel heran, eine Situation, die in Polen noch durch den Druck seitens der Kirche verschärft wurde. Laut Hanna Jankowska von Pro-Femina, einer Gruppe, die sich für das Recht auf Abtreibung einsetzt, benutzen nur zehn Prozent der polnischen Frauen moderne Verhütungsmittel. So wurde die Abtreibung – man schätzt, daß es pro Jahr rund 500 000 bis eine Million sind – zum wichtigsten Mittel der Geburtenregelung.

Von 1956 an war das Verbot der Abtreibung eine Schlüsselforderung des klerikalen Antikommunismus in Polen. Als die Warschauer Stalinisten bei den Gesprächen mit Solidarność am „Runden Tisch“ im Frühjahr 1989 ganz offensichtlich den Geist aufgaben, brachten katholische Abgeordnete im Sejm (dem Parlament) ein „Gesetz zum Schutz des ungeborenen Lebens“ ein, das Abtreibung unter *allen* Umständen verbietet und sowohl der Frau als auch ihrem Arzt

### NEU!

Nr. 42, Frühjahr/Sommer 1993  
DM 2,- (48 Seiten)

Englischsprachige Zeitschrift  
der Frauenkommission  
der Spartacist League/U.S.

Abonniert:  
3 Ausgaben DM 7,-  
Luftpost DM 10,-

Bestellt bei:  
SpAD, Postfach 51 06 55  
1000 Berlin 51  
(ab 1. Juli: 13366 Berlin)  
Postgiro Frankfurt/Main  
Konto 11988-601  
BLZ 500 100 60



drei Jahre Gefängnis androht. Es war schlimmer als das Gesetz der Pilsudski-Diktatur von 1932, nach dem Abtreibungen im Fall von Vergewaltigung, Inzest, Jugendprostitution und Gefahr für das Leben der Mutter erlaubt waren.

Während Klerikalnationalisten versuchen, die polnische Bevölkerung mit katholischem Fundamentalismus zu identifizieren, haben Meinungsumfragen immer wieder gezeigt, daß rund 60 Prozent der Bevölkerung für die Beibehaltung des Abtreibungsrechts sind und nur weniger als zehn Prozent ein vollständiges Verbot unterstützen. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten ist in Polen wieder eine starke Strömung von Antiklerikalismus in der Bevölkerung entstanden, besonders unter Frauen. Zum Beispiel trugen Demonstrantinnen vor dem Sejm 1990 Plakate wie „Nach Europa mit Zwischenstopp Iran“. Aber anstatt das Recht auf Abtreibung geradeheraus zu verteidigen – was nicht nur prinzipienfest, sondern sogar populär war –, spielten die früheren Stalinisten und jetzigen Sozialdemokraten auf Zeit, indem sie die neue Legislative in endlose Parlamentsausschüsse verwickelten.

Die Kirchenhierarchie und die klerikalistischen Parteien gingen jedoch daran, die Abtreibung zu unterdrücken, egal ob sie gesetzlich erlaubt war oder nicht. 1990 wurde in polnischen Schulen wieder Religionsunterricht eingeführt, und Priester mobilisierten sofort Kinder gegen ihre Mütter. Kinder, die gerade acht Jahre alt waren, wurden so lange unter Druck gesetzt, bis sie Anti-Abtreibungs-Petitionen unterschrieben. Viele polnische Frauen mußten sich von ihrem kleinen Kind fragen lassen: „Mammi, ist es wahr, daß du meine kleine Schwester umbringen willst?“

Als letztes Mittel griffen die politischen Hauptgegner des Anti-Abtreibungsgesetzes zur Forderung nach einer Volksabstimmung in dieser Frage, in der sicheren Annahme, sie würden gewinnen. Wie vorauszusehen war, blockierten die Kirchenhierarchie, Präsident Lech Walesa und die klerikalistischen Parteien diesen Schritt. Um eine Volksabstimmung gegen den Widerstand dieser Kräfte durchzusetzen, wäre eine Massenmobilisierung, die sich auf die Arbeiterklasse stützt, notwendig gewesen – Streiks, große kämpferische Demonstrationen, die Besetzung des Gesundheitsministeriums und der Kliniken, die sich weigern, Abtreibungen durchzuführen. Angesichts der wütenden und verzweifelten Stimmung der polnischen Arbeiterklasse hätte das zerbrechliche konterrevolutionäre Regime dadurch auseinandergerissen werden können, daß der Kampf zur Verteidigung des Abtreibungsrechts auf die Straße gebracht worden wäre. Der Streik der Kohlenbergarbeiter im letzten Dezember hat

die Regierung schon gezwungen, die Debatte im Sejm über das Anti-Abtreibungsgesetz zu verschieben. Solche Kämpfe waren genau das, wovor die liberalen, „proeuropäischen“ Führer der Kampagne für eine Volksabstimmung wie Zbigniew Bujak und Barbara Labuda Angst hatten. Für Polens Liberale und Sozialdemokraten überwiegt die Furcht vor einer Destabilisierung des noch nicht fest im Sattel sitzenden bürgerlichen Staates bei weitem ihre Abneigung dagegen, daß das Land ein osteuropäisches Irland oder etwas schlimmeres wird.

Jetzt haben beide Kammern des Sejm das lange befürchtete Anti-Abtreibungsgesetz verabschiedet. Als ein „Kompromiß“ droht Frauen kein Gefängnis, nur ihren Ärzten, und Abtreibung wird im Fall von Vergewaltigung, Gefahr für die Gesundheit der Frau usw. zugelassen.

Im Herbst 1990, als es die ersten großen Arbeiterkämpfe gegen das neue Solidarność-Regime gab, schloß sich eine kleine Gruppe von trotzkistischen Aktivisten in Polen der IKL an. Das Gründungsdokument der Spartakusowska Grupa Polski erklärte:

„Eine trotzkistische Partei muß ein Volkstribun sein, der für alle Opfer von Unterdrückung eintritt. Die Kampagne, den Kapitalismus wiederherzustellen, läßt all die ‚alte Scheiße‘ der Gesellschaftsordnung aus der Vorkriegszeit wieder aufleben und zunehmen, vom reaktionären Klerikalismus bis zum pilsudskistischen Nationalismus und Antisemitismus... Die katholische Hierarchie, der gegenüber die Stalinisten Beschäftigungspolitik betrieben, hat schon lange den entscheidenden Einfluß auf Solidarność ausgeübt. Die klerikale Reaktion hat besonders Frauen als Zielscheibe. Zerschlagt die Angriffe auf Abtreibungsrechte! Für kostenlose Abtreibung! Für kostenlose Kinderbetreuung, rund um die Uhr! Für die strikte Trennung von Kirche und Staat! Nieder mit dem konservativen stalinistischen Dogma, das die Institution der Familie verherrlicht, die Hauptinstitution der Gesellschaft zur Unterdrückung der Frauen. Nur die Errungenschaft einer echten sozialistischen Gesellschaft, auf der Grundlage von materiellem Überfluß und von Egalitarismus, kann die Frauen wirklich befreien.“ (Spartakist Nr. 80, 20. November 1990)

Heute ist in Polen die Emanzipation der Frauen unmittelbar, direkt und aufs engste mit der proletarischen sozialistischen Revolution verknüpft.

Übersetzt aus Women and Revolution  
Nr. 42, Frühjahr/Sommer 1993  
[FORTSETZUNG FOLGT]

## Solingen...

Fortsetzung von Seite 1

der Hetze der „respektablen“ bürgerlichen und sozialdemokratischen Politiker über eine „Asylantenflut“ werden die Nazis in ihren mörderischen Taten bestärkt.

All die heuchlerischen Mitleidsbekundungen von Bundeskanzler Kohl („kein Beileidstourismus“) bis zum nordrhein-westfälischen SPD-Ministerpräsidenten Rau am Tag nach dem Massaker täuschen niemanden darüber hinweg, daß die rassistische Allparteienkoalition in Bonn diesen mörderischen Terror angefacht hat. Die bürgerlichen und sozialdemokratischen Politiker haben nicht weniger als die Faschisten die „Ausländer“ zu den Sündenböcken für die Massenarbeitslosigkeit und Verelendung gemacht, die das wiedervereinigte Deutschland von einem mythischen „Wirtschaftswunderland“ in einen brodelnden Hexenkessel von rassistischem Haß verwandelt hat. Schon letzten August fand das Rostocker Pogrom am gleichen Wochenende statt, an dem die SPD-Klausurtagung am Petersberg ihre Zustim-

mung zur Zerstörung des Asylrechts beschloß.

Am Sonntag nach dem Mord riefen türkische Demonstranten in Solingen „Nazis, wir kriegen euch!“, eine Gruppe von Demonstranten blockierte den Flughafen Köln-Bonn und bewirkte die Streichung von mehreren Flügen. Täglich demonstrierten Tausende in mehreren Städten gegen den Nazi-Terror. In Hamburg marschierten 7000 Demonstranten, hauptsächlich Jugendliche türkischer und deutscher Herkunft, zum SPD-Haus und anschließend zur Ausländerpolizei, um gegen den rassistischen Asylbeschluß zu protestieren. „Selbstverteidigung heißt zurückschlagen, wo unser Leben bedroht ist“, sagte einer der Redner. In Langen haben türkische Jugendliche in der Nacht zum 6. Juni bereits eine Nazi-Mörderhöhle auseinandergenommen.

Während der Trauerfeier in Köln Ende der Woche legten im ganzen Land viele ÖTVler für kurze Zeit die Arbeit nieder, genau wie Metaller z. B. bei Bosch-Siemens in Berlin, bei Mercedes-Benz in Sindelfingen und im Mercedes-

Fortgesetzt auf Seite 22

## Nazimord an fünf türkischen Frauen und Mädchen — Schlagt zurück! Arbeiter/Immigranten-Mobilisierung, um Mörderbanden des Vierten Reichs zu stoppen!

Sofort, nachdem die Christdemokraten, Freidemokraten und Sozialdemokraten das Asylrecht zerstört haben, treten die Faschisten an, um diesen Beschluß zu feiern und in Greueln umzusetzen. Noch einmal, wie letztes Jahr beim Rostocker Pogrom und beim Mordbrand in Mölln, haben die Bonner Biedermänner die Nazi-Brandstifter angestachelt. Damals gab es eine Welle der Empörung unter Jugendlichen und Gewerkschaftern. Wut und Trauer sind selbstverständlich, aber sie werden die Nazis nicht stoppen — und Lichterketten werden es ganz bestimmt nicht. In den Betrieben begannen nach Mölln Diskussionen über Selbstverteidigung. Jetzt müssen wir die Kraft mobilisieren, die die Terrorbanden stoppen kann, vor allem die organisierte Arbeiterklasse mit ihrem mächtigen Anteil an Immigranten.

Wie die Massenarbeitslosigkeit, die diese terroristischen Mörderbanden brütet, kommt der Nazi-Terror aus der kapitalistischen Wiedervereinigung, bei der die SPD an der Spitze stand. Die Konterrevolution hat in ganz Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion rassistischen Terror und massive Angriffe auf die Arbeiter, Minder-

heiten und auf Frauen und das Recht auf Abtreibung gebracht. In Italien haben die Faschisten mit ihrer Strategie des Bombenterrors wieder begonnen. Aber in ganz Europa leisteten die Arbeiter Widerstand. Der ÖTV-Streik im Mai letzten Jahres und der ostdeutsche Stahl- und Metallstreik haben gezeigt, daß die Arbeiter kämpfen können und wollen. Die Machtergreifung der Arbeiterklasse ist notwendig, um dem Nazi-Terror ein für alle Mal ein Ende zu setzen.

Wie wir uns am 30. Januar, dem Jahrestag von Hitlers Machtergreifung, an Gewerkschaften und an antifaschistische Jugendliche richteten, um die erfolgreiche Verteidigung eines Immigranten-Wohnheims in Berlin zu organisieren, ist es jetzt notwendig, die Faschisten in organisierter und machtvoller Weise aus ihren Rattenlöchern zu vertreiben und die Arbeiter für die Zurückschlagung des Bonner Asylbeschlusses zu mobilisieren. Ohnmacht und Ausbrüche der Verzweiflung führen zu nichts. **Jetzt schlägt die Stunde, gezielte Arbeiteraktionen gegen die faschistischen Mörderbanden zu organisieren.**

Berlin, 29. Mai 1993

## Solingen...

Fortsetzung von Seite 21

Stammwerk in Stuttgart. Ein Banner am abgebrannten Haus in Solingen fordert zum Generalstreik auf. Aber mit ein paar Minuten Solidarität, wie sie IGM-Bürokraten wie Yilmaz Karahasan organisieren, soll nur ein Ventil für die Empörung in den Betrieben geschaffen werden. Doch Kaffeepausen-„Streiks“ werden keine Nazis stoppen. In den Gewerkschaften ist die soziale Kraft organisiert, die *mobiliert werden muß*, um den Terrorbanden den Garaus zu machen.

Die zwei Millionen Türken und Kurden in Deutschland haben tiefe Wurzeln in diesem Land, obwohl sie von den Staatsbürgerrechten ausgeschlossen sind. Die ermordete türkische Familie hatte 24 Jahre in Solingen gelebt, die Kinder wurden hier geboren. Der Vater, Durmus Genç, der auf Nachtschicht in einer nahegelegenen Fabrik arbeitete, fand seine Familie verbrannt, als er heimkam. Es gibt Hunderttausende türkische und kurdische Arbeiter, die wie er eine strategische Position unter den Arbeitern der Schwerindustrie haben und die Zechen und Metallbetriebe im ganzen Ruhrpott zum Stillstand bringen können.

Als einige türkische Arbeiter das ausgebrannte Haus in Solingen anschauten, sagten sie: „Wenn sie uns nicht verteidigen, werden wir es selber tun. Wir werden unsere Kinder gegen die Mörder verteidigen.“ Aus Furcht vor dieser höchst gerechtfertigten Reaktion wiederholte das Fernsehen anfangs stündlich den Aufruf des türkischen Ministerpräsidenten İnönü für Ruhe. Jetzt eskalieren die Medien Warnungen „gegen Gewalt“, eine gemeinsame Erklärung von Rau und Kohl hetzt „gegen deutsche und türkische Randalierer“ und droht, „die Täter aus Deutschland auszuweisen“. Wie in Rostock wird die Polizei dafür eingesetzt, um die zu verfolgen, die die faschistischen Terrorbanden stoppen wollen.

Dutzende antifaschistische Jugendliche wurden bei den Protesten verhaftet. Der völlig berechtigte Aufruhr wird

jetzt von den Medien als finstere Aktion der faschistischen Grauen Wölfe dargestellt. Doch bei der nationalen Demonstration in Solingen am 5. Juni trieben vor allem türkische und kurdische Demonstranten die türkische Fahnen schwenkenden Nationalisten aus dem Demo-Zug.

Um dieser Rebellion den Kopf abzuschlagen, wird jetzt besonders von SPD und FDP eine „doppelte Staatsbürgerschaft“ ins Spiel gebracht, mit der ausgewählten Türken Gelegenheit gegeben werden soll, ihr „Deutschtum“ unter Beweis zu stellen. Natürlich gilt dies nicht für Asylsuchende, die gleich an der Grenze wieder abgeschoben werden. Die SpAD kämpft dagegen seit Jahren für volle Staatsbürgerrechte für *alle* Immigranten, die es geschafft haben, ins Land zu kommen. Dies kann nur im gemeinsamen Klassenkampf der Arbeiter durch den Sturz der kapitalistischen Regierung erkämpft werden.

Wir sagen: Türken, Kurden und andere Immigranten dürfen nicht alleine stehen. Die Spartakist-Arbeiterpartei intervenierte unter den Zehntausenden, die von Solingen bis Berlin auf den Straßen waren, und rief dazu auf, die soziale Macht der organisierten Arbeiterklasse zu mobilisieren, mit ihrem strategischen Anteil von eingewanderten Arbeitern, um das braune Pack von den Straßen zu vertreiben und ihre Mordzentralen auseinanderzujagen. Organisierte Arbeitertrupps aus den kämpferischsten Gewerkschaftern, gemeinsam mit antifaschistischen Jugendlichen, Immigranten, Juden und anderen, müssen *jetzt* den Schutz von Immigrantenwohnungen und -zentren organisieren und gezielte Aktionen gegen die Faschisten durchführen. Dies muß mit Arbeiteraktionen verbunden werden, um die Abschiebungen zu stoppen.

Die Reformisten dagegen richten sich an den bürgerlichen Staat, um den Nazis Einhalt zu gebieten. Die PDS hat seit Hoyerswerda die Forderung nach mehr Polizei gegen Nazi-Terror aufgestellt, als Teil ihres Programms für einen „demokratischen Rechtsstaat“ des Vierten Reichs. Jetzt hängt sich *Neues Deutschland (ND)* an die Drohungen und die Hetze der bürgerlichen Politiker und Zeitungen gegen

die aufständischen Jugendlichen an, die ihre Wut in den Straßen Solingens zum Ausdruck bringen: „Der demokratische Zorn macht sich nicht Luft in brennenden Autoreifen und dem Einwerfen von Fensterscheiben. Er drückt sich darin aus, daß wir auf die strikte Einhaltung der Gesetze pochen“ (ND, 2. Juni). Die Gesetze, werter Genosse Gysi, dienen der Herrschaft des Kapitals, nicht den Interessen der Immigranten, und das Vierte Reich ist kein „ausländerfreundlicher“ Staat.

Ein machtvoller Aufruf zur Arbeitermobilisierung würde einen enormen Widerhall finden. In den vergangenen Wochen haben Kohl-Regierung und sozialdemokratische „Opposition“ gegen die gesamte Bevölkerung den Krieg eröffnet: Neben der Abschaffung des Asylrechts wurde unter dem Titel „Solidarpakt“ ein Programm von umfangreichen Streichungen beim Arbeitslosengeld, der Sozialhilfe, im Bildungs-, Wohnungs- und Gesundheitswesen beschlossen. Gleichzeitig plant die CDU/FDP-Regierungskoalition, mit „Karenztagen“ die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für Arbeiter und Angestellte, die von der IG Metall 1957 mit einem 16wöchigen Streik hart erkämpft wurde, rückgängig zu machen. In Zukunft sollen die Kranken die Versorgung von Pflegebedürftigen finanzieren. Die IG Metall hat bereits Streiks dagegen angedroht.

Und am Tag nach dem rassistischen Asylbeschuß des Bundestags vernichtete das von CDU bis SPD paritätisch besetzte Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe de facto das Recht auf Abtreibung, das die ostdeutschen Frauen nach der alten DDR-Regelung noch besaßen. Auch für die Frauen in Westdeutschland bedeutet dieser Gerichtsbeschuß einen ungeheuren Angriff, der einen „Kompromißbeschuß“ aller Parteien (einschließlich der PDS) vom Vorjahr noch wesentlich verschärft. Zwar ist Abtreibung in den ersten drei Monaten „nicht (automatisch) strafbar“, aber sie ist jetzt offiziell „rechtswidrig“. Neben staatlich kontrollierten Zwangsberatungen „für den Schutz des ungeborenen Lebens“ sollen ab sofort Abtreibungen auch innerhalb der ersten drei Monate nicht mehr durch die Krankenkassen bezahlt werden. Also können nur noch Frauen eine ungewollte Schwangerschaft abbrechen, die zahlungskräftig sind, nicht aber arbeitende und arbeitslose Frauen (über 60 Prozent aller Frauen im Osten wurden auf die Straße geworfen). Immigrantinnen, die für die Abtreibung Sozialhilfe beantragen müssen, können dafür abgeschoben werden. Die Spartakisten kämpfen für kostenlose Abtreibung auf Wunsch, als Teil einer Gesundheitsversorgung von höchster Qualität.

In ganz Osteuropa sind Immigranten und Frauen die ersten Opfer der kapitalistischen Konterrevolution, die von der DDR bis Warschau und Moskau Massenelend, rassistische Pogrome und Nazi-Terror hervorgebracht hat. Aber in ganz Europa haben die Angriffe der Kapitalisten auch hartnäckigen Widerstand der Arbeiter hervorgerufen. Es ist kein Zufall, daß der Bonner Generalangriff gegen die Werk tätigen direkt nach dem Ende eines soliden Streiks von fast 40 000 Metallern und Stahlarbeitern folgte, die gegen den Lohnraub der Kapitalisten entschlossenen Widerstand leisteten. Angesichts von über 50 Prozent Arbeitslosigkeit im Osten glaubten die Bosse Anfang des Jahres, daß ihre Stunde gekommen sei. Sie zerrissen den Tarifvertrag, der den ostdeutschen Arbeitern ab 1. April eine formale Anhebung der Löhne auf 80 Prozent der Westlöhne zusicherte. Doch Hunderttausende Arbeiter beantworteten diese Provokation und die geplanten Massenentlassungen bei Stahl vom Februar an in Ost und West mit Protestdemonstrationen und Warnstreiks.

Gerade als der zweiwöchige Streik auf alle Bundesländer in der ehemaligen DDR ausgeweitet werden sollte, und als ein wilder Streik bei Mercedes-Benz in Stuttgart die Möglichkeit der Ausweitung auf das wirtschaftliche Machtzen-

trum der westdeutschen Industrie aufzeigte, blies die SPD-Führung der IG Metall unter Franz Steinkühler ihn plötzlich ab. Der „Kompromiß“abschluß entzündete eine Revolte der Metallarbeiter in Ostberlin und Brandenburg, und



Funkbild: SN/Reuter/Herrmann

#### „Beileidsbekundung“ von Kohl/Rau: Bullenterror und Abschiebungen gegen rebellierende türkische Jugendliche

erst zwei Wochen später waren die Gewerkschaftsspitzen und die Bosse in der Lage, ein leicht „versüßtes“ Abkommen durchzurammen – gegen die Opposition der Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder (nur 46 Prozent stimmten dafür).

Viele militante Arbeiter, die über den Streikabbruch empört waren, haben jetzt angewidert das Schauspiel des IG-Metall-Chefs und SPD-Bonzen Steinkühler verfolgt, der seine fetten Posten im Aufsichtsrat bei Daimler-Benz, VW und Thyssen dazu benutzte, um an der Börse mit Insider-Informationen (plus einer Million D-Mark) den Ausverkauf des Streiks zu feiern. Steinkühler ist seither zurückgetreten, aber der Fall dieses führenden Gewerkschaftschefs ist symptomatisch für das ganze sozialdemokratische „Modell Deutschland“ der Klassenkollaboration. Heute ist das „deutsche Modell“ der „Mitbestimmung“ eine Sache der Vergangenheit, mit dem Ende des Kalten Krieges gehen die Kapitalisten in die Offensive. Sie sehen sich nicht länger genötigt, mit dem Angebot eines attraktiven „Sozialstaats“ mit den stalinistischen Regierungen im Osten zu konkurrieren. Seit Anfang 1992 haben sie allein im Westen eine halbe Million Arbeiter entlassen, auf allen Ebenen führen sie den Kahlschlag gegen die Sozialleistungen.

Die grauenhaften Bilder von Solingen, die die ganze Welt schockiert haben, sind Teil des allseitigen reaktionären Angriffs des Vierten Reichs. Aber der faschistische Terror, Angriffe auf Frauen, Massenarbeitslosigkeit, Lohnraub und Kürzungen wie auch der Drang, die Bundeswehr von Afrika bis Jugoslawien einzusetzen, kann durch eine geschlossene Mobilisierung der Macht der Arbeiterklasse zurückgeschlagen werden, gegen die Kapitalisten und deren reformistische Handlanger. Notwendig ist der Aufbau einer klassenkämpferischen, internationalistischen Führung, einer leninistisch-trotzkistischen Partei, um den Kampf für ein revolutionäres Arbeiterdeutschland als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa zu führen. Dazu hat die SpAD sich verpflichtet. ■

# SPARTAKIST

**Nazileri Lağım Çukurlarında Ezelim!**

## **Dördüncü Reich Terörünü Ezmek İçin İşçi/Göçmen Seferberliğine İleri!**



Spartakist

**Opel Rüsselsheim, 1984'de 35 saatlik çalışma haftası için yapılan grev. Entegre olmuş Göçmen/Alman grev gözçüleri, Nazi terörünü durduramada ve göçmenleri savunmada başı çekebilecek olan işçi savunma milislerinin nüvesidirler**

*Asağıdaki bildiri, lağım faresi Nazilerin Türk asıllı beş kadın ve kız çocuğunu Ruhr bölgesindeki Solingen kentinde kaldıkları yurdu kundaklayarak katledişlerini acilen protesto etmek için, Almanya Spartakist İşçi Partisi'ndeki (SpAD) yoldaşlarımız tarafından 29 Mayıs günü çıkarılmıştır.*

Hıristiyan Demokratlar, Hür Demokratlar ve Sosyal Demokratlar'ın iltica hakkını paçavraya çevirmelerinin hemen ardından faşistler bunu, faşist dilindeki anlamıyla tüyler ürpertici eylemlerine geçirip kutlamaya başladılar. Bonn'daki "toplumun ileri gelenleri", geçen yılki Rostok kıyımında ve Mölln'deki kundaklama cinayetlerinde olduğu gibi, faşist kundakçıları bir kez daha teşvik etmişlerdir. O sırada gençler ve sendikalı işçiler arasında bir kızgınlık dalgası esiyordu. Kızgın olmak ve yas tutmak (Otonom sloganı) çok doğal ancak, Nazileri durdurmaya yeterli değildir. "Meşaleler zinciri" oluşturmak ise hiç mi hiç yeterli değildir. Mölln cinayetinin ardından fabrikalarda öz savunma üzerine tartışmalar yapılıyordu. Şimdi, terör çetelerini durdurabilecek olan gücü ve herşeyden önce de güçlü bir göçmen katmanı bulunan örgütlü işçi sınıfını harekete geçirmeliyiz.

Bu cinayet çetelerinin üremelerini sağlayan kitlesel işsizlik gibi, Nazi terörü de, SPD'nin önderlik etmiş olduğu kapitalist yeniden birleşmenin bir sonucudur. Önceki Sovyetler Birliği'ndeki ve Doğu Avrupa'daki karşı-devrimler sonucunda işçilere, göçmenlere, kadınlara ve kürtaj hakkına karşı ırkçı terörün dizginleri boşlamıştır. İtalya'da faşistler "gerginlik strateji" lerine yeniden başlamışlardır. Fakat bütün Avrupa'da işçiler mukavemet gösteriyorlar. Geçen yılın Mayıs ayında yapılan kamu işçileri grevi ve daha geçenlerde yapılan doğu Alman çelik ve metal işçileri grevi işçilerin savaşılabileceklerini ve de savaşıacaklarını göstermiştir. Nazi terörüne bir daha hortlayamayacak şekilde son vermek için işçi sınıfının iktidarı ele alması gerekmektedir.

Hitler'in iktidara gelişinin 60. yıldönümü olan 30 Ocak günü sendikalara ve anti-faşist gençliğe yaptığımız çağırıyla Berlindeki göçmen yurdunu başarıyla savunmamızda olduğu gibi şimdi de, faşistleri lağım çukurlarında, örgütlü olarak iyice ezmek ve Bonn'un iltica konusundaki kararını dönüştürmek için işçileri seferber etmek gerekmektedir. Acizlik ve ümitsizlik içine girmek hiçbir sonuç getirmez. **Faşist cinayet çetelerine karşı iyi-yönlendirilmiş işçi eylemini örgütlemenin zamanı çoktan gelmiş ve geçmektedir.**■